

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Ml. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeitzelle 40 Pfsg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen & sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

## Weniger das eigene „Ich“.

Ich! Wie vieler Menschen Gedanken drehen sich einzig um das kleine Wörtchen „Ich“. Ihr Handeln wird davon dictirt. Ob die Tat, die das „Ich“ zur Gestung bringen soll, erlaubt oder ungerecht, kommt nicht in Betracht. Die Selbstsucht macht brutal. Sie hat die modernen Ich-Menschen, die Egoisten herangebildet. Rücksichtnahme auf andere ist ihnen überwundener Standpunkt. Mitleid erscheint ihnen als Schwäche. Über die anderen gehen sie. Rastloslich sehen sie herab auf die durch ihre Empordrägen Erdrückten, Bertretenen, auf das vernichtete lange Glück.

Traurige Errungen des menschlichen Geistes. Wie sind sie möglich? Die Welt ist zum großen Teile den Lehren des Christentums entfremdet. Das Gebot: „Du sollst Deinen Nächsten lieben, wie Dich selbst“, ist ihr ein Rätsel, etwas Unverstandenes, Unfaßbares, Überflüssiges.

En und aber muß dieses Gebot, wenn das Christentum lebendig in uns ist, alle die sozialen Tugenden zu höchster Entwicklung bringen. „Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst“, heißt das nicht den Darbenden, den Bedrängten helfen, die Bettelnden trostend aufrichten, den Leidenden Befreiung bringen, für die Bedrückten eintreten, eintreten mit Einsetzung und Hintansetzung des eigenen „Ich“! Mit einem Wort: Solidarität.

Würden wir uns alle dessen mehr erinnern, so wäre eine Unsumme von Schwierigkeiten, die die Aufwärtsbewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen hemmen, überwunden; wir verständen besser, was unsere Zeit von dem einzelnen fordert; wir würden, daß für die Entwicklung der christlichen Grundsätze die Mitarbeit jedes einzelnen notwendig ist.

## Die sozialdemokratische Heze gegen die christlichen Gewerkschaften auf läßlich der Reichsfinanzreform

II. (Schluß.)

Der Mehrbedarf des Deutschen Reiches an Einnahmen ist hauptsächlich verursacht durch seine steigenden Militär-, Marine- und Kolonialausgaben. Man braucht kein Schwärmer für Militär und Marine zu sein — ich bin es bestimmt nicht — kann manche lugulöse Ausgaben in Heer und Marine verurteilen und kommt trotzdem an der Tatsache nicht vorbei, daß Deutschland eine starke Wehrmacht gebraucht zu Wasser und zu Lande. Auch in den außer-europäischen Gebieten braucht Deutschland Stützpunkte für seinen internationalen Handel und Abzugsgebiete für die heimischen Industrieprodukte in Form von Kolonien, wie auch auf die Dauer von dort Rohstoffe für die Industrie beschafft werden müssen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes sind hauptsächlich bedingt durch dessen politische Machtverhältnisse.

Es hat eine Zeit gegeben, wo selbst das kleine Holland den deutschen Handels Schiffen an der Rheinmündung die erdenklichsten Schwierigkeiten machte. Heute seitdem Deutschland erstaunt ist, ist das anders. Vor den Kapitulären Handelsverträgen von 1893 hatte Deutschland, obwohl 14 Millionen Einwohner weniger wie heute, eine bedeutend größere Auswanderung wie gegenwärtig; viele Deutschen mußten im Ausland Erwerb suchen. Heute ist das Entgegengesetzter der Fall; heute werden bei normaler Wirtschaftslage in Deutschland Hunderttausende Ausländer beschäftigt. Bei einem Lande, das seine Bevölkerung nicht ernähren kann, ist ein andauerndes wirtschaftliches Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse einebare Möglichkeit. Heute beziehen die drei gewerblichen Lohnversicherung unterstehenden Personen eine fühlliche Lohnsumme von rund 8½ Milliarden Mark. Das wäre aufgeschlossen, trotz Gewerkschaftsbewegung, wenn nicht die deutsche Wirtschaft innerlich gefestigt, und der deutsche Arbeitgeber im letzten

Jahrzehnt eine so günstige Entwicklung aufzuweisen hätte. An dessen ruhiger Weiterentwicklung sind die deutschen Lohnarbeiter auf das allerlebhafteste interessiert. Die Sozialdemokratie würde sicher blaue Wunder erleben, wenn sie heute in Deutschland zu politischer Macht gelangen würde und nach den Grundzügen verfahren wollte, die sie seither die Massen gelehrt. Internationale Friedensverträge sind ganz ideal; trotzdem werden sie noch lange Zeit, wenn nicht für immer, an der Wirklichkeit scheitern. Ob es jemals dahin kommen wird, daß Amerikaner, Engländer, Franzosen, Deutsche, Russen, Japanesen, Chinesen usw. „ein einig Volk von Brüderu“ werden, steht dahin. Unsere gegenwärtige Generation erlebt es zweifellos nicht. Bis jetzt hat die nationale Sozialdemokratie nicht einmal dem Nationalitätenhader in Österreich wesentlich Abbruch zu tun vermocht. Deutschland wird also im nächsten Menschenalter im Interesse der Selbstverhaltung einer starken Wehrmacht nicht entraten können. Und wenn diese notwendig ist müssen auch die Mittel dafür beschafft werden.

Die große Frage ist damit selbstverständlich nicht beantwortet, ob bei der letzten Reichsfinanzreform die Steuerverteilung eine gerechte war. Darüber faun man sehr gut geteilter Ansicht sein. Auch hier eine Vorbemerkung: Die bürgerlichen Parteien haben sich in dieser Frage gegenseitig nicht das mindeste vorzuwerfen. An der Steuergestaltung waren alle bürgerlichen Parteien beteiligt, und die Tatsache kann nicht aus der Welt diskutiert werden, daß die Parteien, die anfänglich die Steuern machen wollten, was deren soziale Seite anbelangt — und darauf kommt es uns Arbeitern doch hauptsächlich an —, das Steuerbullet den breiten Massen nicht wohltreffender serviert hätten, als die Parteien, die sich bei der endgültigen Verabschiedung zusammenfaßen. Wenn also auch liberale und freisinnige Zeitungen gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten losziehen, so macht dies keinen Eindruck. Daraus spricht höchstens parteipolitische Verärgerung, die mit dem sozialen Gebiet nichts zu tun hat. Als Arbeiter wäre es uns zweifellos am liebsten gewesen, wenn die ganzen Steuern auf die bestehenden Klassen abgewälzt worden wären.

Mit schönen Wünschen werden indes keine Steuern gemacht,

denn Steuern zahlt niemand gern. Hier kommt es auf den politischen Einfluß an, über den die einzelnen Gruppen verfügen. Und dieser ist für die deutsche Lohnarbeiterklasse der denkbar geringste. Die christliche Arbeiterbewegung allein ist in großen politischen Fragen als bestimmender oder wesentlich beeinflussender Gesetzgebungsfaktor noch nicht stark genug, die Sozialdemokratie dagegen stellt sich durch ihre sozialistische Politik außerhalb des Gegenwartshauses. Den rechtgläubigen sozialistischen Standpunkt vertretend, schrieb die Leipziger Volkszeitung (Nr. 213):

„Seit wann haben wir denn hem bestehenden System Geldmittel zu schaffen? Die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse daran, daß die Finanzreform zustande kommt. Sie hat im Gegenteil alles Interesse daran, daß sie nicht zustande kommt, daß der Finanzminister ironisch wird. Schließlich ist eine derartige Verweigerung der Einnahmen nur eine Konsequenz der Verweigerung der Ausgaben, wie sie durch den Nürnberger Beschluß erst im vorigen Jahre als der Wille der Partei ausgesprochen worden ist.“

Daß 1908/09 neue Einnahmen für das Reich notwendig waren, ist von keiner, auch von sozialdemokratischer Seite nicht bestritten worden. Wenn aber die Sozialdemokratie als angebliche „Arbeiterpartei“ „alles Interesse daran hat“, daß die Reichsfinanzreform „nicht zustande kommt“, dann ist es logisch und selbstverständlich, daß jede Regierung dieses Gesetzgebungswerk hauptsächlich mit Vertretern anderer Interessengruppen machen muß. Ist es dann ein Wunder, wenn die Arbeiterinteressen schließlich dabei zu kurz kommen? Wer zur gegebenen Stunde nicht auf den Boden der Möglichkeit mitarbeitet, während in Wittenbergsheimerphantasien

tasiert, hat sich aber das Recht verwirkt, nachträglich über den Inhalt von Gesetzen zu rationieren.

Ja, noch mehr; die sozialdemokratische Partei hat bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform mit den Arbeiterinteressen ein

frivoles Spiel getrieben.

Die sozialdemokratische Fraktionspolitik, insbesondere die des sogenannten revisionistischen Flügels, drehte sich bei der Verabschiedung der Reichsfinanzreform, wie auf dem Leipziger Parteitag deutlich ausgesprochen wurde, lediglich um die Frage: Wie erzielen wir eine Reichstagsauflösung? Als ob damit den Interessen der Arbeiter, die zu vertreten die Sozialdemokratie vorgibt, gedient wäre! Nicht im entferntesten! Das Gegenteil wäre eingetreten! Die 500 Millionen Mark neuer Steuern hätten von einem etwa neu gewählten Reichstag genau so bewilligt werden müssen, wie von dem alten. Und die Sozialdemokratie hätte, infive vor von ihr betriebenen „grundsätzlichen“ Politik, selbst bei einem Mandat zwangs im neu gewählten Reichstage eingeschworen zu sagen, wie im alten. Sie verfügte 1898 über 65 Sitze und hatte auf den Gang der Gesetzgebung keinen Einfluß, schnellte 1903 auf 81 Sitze empor, ohne daß sich die „Welt gewendet“ hat, wie der Vorrwärts damals am Wahltage frohlockend ausrief, und als sie 1907 wieder auf 43 Sitze zurückgeworfen wurde, ist die Tagespolitik ebenso ungestört ihren Weg weiter gegangen. Eine Reichstagsauflösung hätte also das Zustandekommen der Reichsfinanzreform nur um ein Jahr verzögert. Und die Folge wäre gewesen, daß das gegenwärtig so barniederliegende deutsche Wirtschaftsleben um ein weiteres Jahr in seiner Konsolidierung gehemmt worden wäre und der den Arbeitern dadurch verursachte Verdienstausfall mindestens eine um ein Mehrfaches betragende Höhe ausgemacht hätte, als die jetzt auf sie entfallenden neuen Steuern, welche die Sozialdemokratie doch nicht abwenden können. Mit sozialdemokratischen Agitationserfolgen kann sich die Arbeiterschaft in der Gegenwart kein Brot kaufen. Darüber sagt natürlich die sozialdemokratische Agitation nichts; an Stelle von sachlichen Gründen arbeitet man mit der zweitverlässlichen Stirnpelzigkeit und unübertraglicher Verlogenheit. In Nr. 229 der Rheinischen Zeitung vom 2. Oktober befindet sich ein Bericht von einer Transportarbeiterversammlung, nach dem der Referent ausführt hat: „Durch die vom Reichstag, durch den schwatzblauen Block beschlossenen neuen Steuern werde eine fünfköpfige Familie um etwa 100 Mark jährlich mehr belastet.“

Wie steht es damit in Wahrheit?

Die Steuern betragen: Biersteuer 100 Millionen oder pro Liter 2 Pf., Branntweinsteuer 80 Mill. oder pro Liter 15 Pf., Tabaksteuer 45 Millionen oder pro 5-Pfg.-Zigarre ½ Pf., Kaffee und Tee 37 Millionen oder pro Pfund ungebrannten Kaffee 10 Pf., Blaudholzsteuer 23 Millionen oder pro Schädelchen 1½ Pf., zusammen 285 Millionen. An der Schaumweinsteuer 5 Millionen, der Glühförmesteuer 20 Millionen, der Wertzuwachs, Talonwechsel, Essetensteuer usw. 110 Millionen, partizipieren die Arbeiter nicht.

Die Zahl der Familien beträgt in Deutschland 14½ Millionen, darunter etwa 4½ Millionen Arbeitersfamilien. Wenn auf die Familie 100 Mark Steuern entfallen, müßten sonach 1450 Mill. Verbrauchssteuern gemacht werden sein; bewilligt wurden 285 Millionen. Um 100 Mark zu den neuen Steuern beizutragen, müßte eine Familie mindestens 1500 Liter Bier und mehrere Hektoliter Schnaps konsumieren. Und solche „Äusserfamilien“ bilden in Deutschland Gott sei Dank nicht den Hauptanteil. Doch wenn nach dem sieben letzten Satz heißt es dann in derfeindlichen Zeitung: „Die Steuern auf die notwendigen Lebensmittel könnten wir nicht so leicht abwälzen, dagegen sei es uns möglich, die Steuern auf Getränkemittel, als da sind: Bier, Branntwein und Tabak, durch Enthaltsamkeit zu umgehen.“ Wenn

entfallen auf „Bier, Branntwein und Tabak“ 79 Proz. sämtlicher Verbrauchssteuern. Diese Steuern sind also dem sozialdemokratischen Redner und der Rheinischen Zeitung zufolge zu gleicher Zeit „durch Einholzamkeit zu umgehen“, wodurch „eine töppige Fazaille um etwa 100 M. jährlich belastet wird. Die Versammlung aber erklärte, „sich mit den Ausführungen des Redneren einverstanden“. Und das alles können sozialdemokratische Redner ihren Zuhörern und sozialdemokratische Blätter ihren Lesern bieten!

In einer im Verlaufe der Altenberger (sozialdemokratischen) Fränkischen Tagespost erschienenen Broschüre „Der dumme Teufel“ heißt es auf Seite 3:

„Indirekte Steuern sind die stärkste Waffe des Absolutismus. Einmal bewilligt, machen sie die Regierung unabhängig vom Parlament. Nur wenn man die Regierung an die Kette direkter Steuern legt, hat das Parlament die Macht über sie.“

Ein Satz, womit zweifellos in Massenversammlungen Beifall zu erzielen ist. Wach ich ziehe das direkte dem indirekten Steuersystem vor. Es gibt aber keinen ernsthaften Sozialdemokraten in Deutschland, der davon glaubt, daß nachdem seither der Steuerbedarf des Reiches fast ausschließlich aus Hößen und indirekten Steuern bestritten worden ist — die direkten Steuern erheben die Einzelstaaten und Kommunen, — nun auf einmal 500 Millionen direkter Besitzsteuern hätten erreicht werden können. Selbst der sozialdemokratische Parteitheoretiker Rautenkraut schreibt in seiner Schrift: Die soziale Revolution (Berlin, 1907. Vorwärtsverlag) S. 77.

„Es ist ja heute schon unsere Forderung, daß wir durch eine solche Steuer (progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer) alle anderen, besonders die indirekten Steuern ersetzen. Wenn wir aber zu ihrer Durchführung heute die Kraft erhalten . . . so würden wir doch dabei auf große Schwierigkeiten stoßen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß je höher die Steuer, desto größer die Verstümmelungen zu Steuerdefraudationen. Wer selbst wenn es gelänge, jede Verbergung von Einkommen und Vermögen unmöglich zu machen, selbst dann wäre man nicht in der Lage, die Einkommens- und Vermögenssteuer beliebig hoch zu schrauben, weil die Kapitalisten, wenn die Steuer ihr Einkommen oder Vermögen zu sehr beschnitten, einfach aus dem Staate fortziehen würden und dieser das Nachsehen hätte. Der Staat hätte dann die Einkommens- und Vermögenssteuer, aber ohne Einkommen und Vermögen. Über ein gewisses Maß kann man also bei dieser Steuer heute nicht hinaus, selbst wenn man die politische Macht dazu hätte.“

Der ehemalige Wirtschaftsredakteur Eisner in Nürnberg will also „die Regierung an die Kette direkter Steuern gelegt“ haben, während nach Rautenkraut man heute „über ein gewisses Maß“ nicht hinaus kann, „selbst wenn man die politische Macht dazu hätte“.

So entgegengesetzt malt man sich die Welt in den führenden Köpfen der Sozialdemokraten aus. Die Sozialdemokratie zieht jetzt landauf, landab, um die Arbeiterwähler bürgerlicher Parteien damit abzuschrecken, daß diese früher zu einzelnen Steuern

#### entgegengesetzten Standpunkt

eingenommen hätten zu demjenigen, den sie heute einnehmen. Das ist in C. nicht die größte Sünde der betreffenden Parteien. In einer Vertreterzusammenvergathaltung der Berliner Maurer ist 1907 gefordert, der Abg. Babel, indem er vor einem ausichtslosen Streik warnte, u. a. aus:

„Wenn nun also die Führer der Gewerkschaften heute der Meinung sind, daß das was sie vor Monaten selber angeregt und unterstützt haben, heute aus bestimmten Gründen undurchführbar sei, dann, meine ich, sollte man ihnen darum keinen Vorwurf machen — sondern ihnen im Gegen teil Anerkennung zollen; denn das beweist, daß sie es mit ihrer Gewerkschaft jetzt ernst nehmen. Die Führer sollen nicht etwa flauisch den Wünschen der Massen folgen, sondern sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse prüfen und studieren und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können.“

Das gleiche muß schließlich auch politischen Parteien eingeräumt werden, denen es darum zu tun ist, praktische Politik zu treiben, und nicht bloß, wie die Sozialdemokratie, den Parlamentarismus als Agitationinstrument zu benutzen. Die Tatsachen stören sich eben nicht an schöne dogmatische Formeln, auch nicht an weit ausgetragene Parteidoktrine. Das hat die Sozialdemokratie im letzten Jahrzehnt erfahren müssen. Ich kenne sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, die kurz vor Verhandlungen mit Unternehmern in öffentlichen Versammlungen entschieden und unter allen Umständen an bestimmten Arbeiterforderungen festhielten und wenige Stunden später im Verhandlungsräume, als mehr nicht herauszuholen war, Schritt für Schritt zurückwichen und noch am selben Tage mit dem Aufgebot ihrer ganzen Bedeutung Massenversammlungen von der Richtigkeit ihres Verhaltens zu überreden suchten und überzeugten.

Was ist das anders als ein „Umfall“, den die Sozialdemokratie seit Jahren anderen Parteien als das größte Verbrechen und schändlichen Verrat angesehen hat? Wenn ich etwas nicht verstehe, dann ist es das, daß bürgerliche Parteien vergleichende sozialdemokratische Anwürfe jahtelang ruhig eingetauft. Sie haben darüber nie schon umgefallen. Gegen 1906 vorgelegte Reichstagssitzungen geschahen in der ersten Zeitung eine fulminante Brankade gehalten, was aber nicht standte, doch

die Sozialdemokratie bei der enttäuschten Abstimmung dafür stimmt. Jede Partei sucht eben bei jedem Gesetz möglichst viel im Sinne ihrer Bestrebungen und Grundsätze herauszuschlagen, und wenn man dabei von vorneherein ein nachdrücklich ist, erreicht man schließlich nichts. Würde aber im entscheidenden Augenblick ebenfalls jede Partei auf ihren Einzelwunschen bestehen bleiben, dann wäre in Deutschland bei seinem vielfältigen Parteiwesen, wo zu jeder Mehrheitsbildung drei bis vier Parteien notwendig sind, überhaupt das Zustandekommen von Gesetzen eine Unmöglichkeit. So liegt die Sache in der Praxis, die allerdings von der Beurteilung durch sozialdemokratische Schlagworte sehr viel abweicht.

Welche Lehren haben wir aus der Reichsfinanzreform zu ziehen? Wir müssen uns 1. in viel stärkerem Maße

emmanzipieren von der sozialdemokratischen Phrase.

Phrase und Wirklichkeit müssen wir mit Nachdruck offenlegen, und auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vorbereitet. Mit den sozialdemokratischen Lehrsätzen, mit denen seither die Massen aufgepeitscht wurden, ist in der Gegenwart absolut nichts anzufangen. Im Gegenteil; die gegenwärtige Arbeitergeneration wird durch sie geschädigt. Mit einem einzigen Wöschwerten ins sozialdemokratische Lager ist daher, von grundsätzlichen Erwägungen ganz abgesehen, der christlichen Arbeiterschaft nicht gedient. Die Sozialdemokratie hat heute mit 3½ Millionen Stimmen auf die politische Gesetzgebungsgestaltung nicht mehr Einfluß, als zu der Zeit, wo sie ½ Million Stimmen auf sich vereinigte. Und selbst bei 4 Millionen Stimmen steht der Sozialdemokratie ein Wählerheer von 9½ bis 10 Millionen gegenüber. Glaubt man, daß jemals dieses oder eine Regierung sich den sozialdemokratischen Zukunftstaat aufzwingen lassen würde? Das zeugt von einer beneidenswerten Naivität! Da kommen die sozialistischen Revisionisten die vorhandenen Kräfte in Staat und Volkswirtschaft doch etwas besser. Was wir zu tun haben, ist, breite Volkskreise an der Arbeiterschaft politisch zu interessieren. Das geschieht dadurch, daß wir

#### 2. größere Massen sammeln.

Das ist notwendig für alle Gebiete der allgemeinen Politik, insbesondere auch für die Fortführung der geplanten Sozialreform. Heute steht die Sache so: Die Sozialpolitik muß meistens gemacht werden auf Kosten der bestehenden Klassen, und wenn diese Sozialpolitik vorwärts gebracht werden soll, braucht jede Regierung eine starke Interessengruppe, auf die sie sich stützen kann. Diese starke Interessengruppe fehlt heute. Die christliche Arbeiterbewegung ist noch nicht stark genug, die Sozialdemokratie scheidet als praktischer Gesetzgebungs faktor aus. Die Annahme, daß etwa eine Regierung mit der Sozialdemokratie fortschrittliche Sozialpolitik und gegen sie und mit den Vertretern anderer Gruppen die übrige allgemeine Staatspolitik machen könnte, wäre mit einer großen politischen Kinderei gleichbedeutend. Nein, die Arbeiter müssen auch Verständnis zeigen für die übrigen Staatsbedürfnisse, mit ihnen muß auch allgemeine Politik gemacht werden können. Je stärker die gegenwärtige, gegenüber Staatsbedürfnissen vertragende Sozialdemokratie wird, ein um so unentbehrlicherer Faktor werden in einem konstitutionellen Staatsgebilde die Schärmacher und sozialpolitischen Realionäre, die schließlich in diesem Falle jede Regierung zur Führung der Staatsgeschäfte nicht entbehren kann. Verfügt die christliche Arbeiterbewegung über größere Massen, dann kommt

#### 3. ein stärkerer politischer Einfluß

ganz von selbst. Der Einfluß der englischen und amerikanischen Arbeiterschaft auf die Gestaltung der Gesetzgebung ist zweifellos größer, als der der deutschen, trotzdem dort die Gewerkschaftsbewegung auf ähnlichem Boden sich betätigt, wie es bei den britischen Gewerkschaften Deutschlands der Fall ist. Eine Arbeitermassenbewegung wirkt, wenn ihre Anhänger auf die verschiedenen Parteien verteilt sind, ganz von selbst in sozialer Hinsicht auf die praktische Gesetzgebungsgestaltung zurück.

Wirkt ist uns unser Aufgabengebiet vorgezeichnet. Wie es durchgeführt wird, hängt von uns ab. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften kann, das steht heute schon fest, wenn deren Funktionäre ihre Pflicht tun, durch die sozialdemokratische Führer nicht aufgehoben werden. So leicht werden die Maurer von Fetisch nicht umgerannt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird diese Führer ebenso und besser überstehen, wie jene anlässlich des Vollkampfes von 1902 und den Anschlüssen an die Konferenz in Zürich im Jahre 1908, wo katholische Fachabteilungen und Sozialdemokratie sich in holdem Eintracht gegen uns zusammenfanden, und wo sogar die Herren Bischöfe mit sozialdemokratischen Zeilen, die angestrichene Axtitel gegen uns enthielten, bombardiert wurden. Die christlichen Gewerkschaften sind keine im Treibhaus ausgepappelte Pflanze. Stellen wir uns allseitig in den Dienst der Auflösungsarbeit, ziehen wir gegenüber der Arbeiterschaft nachdrücklich den Vergleich zwischen sozialdemokratischer Phrase und Wirklichkeit, dann wird auch die Reichsfinanzreform gegenüber der sozialdemokratischen Führer für uns ein Teil jener Kraft, die das

## Nachklang zum Streit in Badisch-Rheinfelden.

Der Kampf in Badisch-Rheinfelden, obwohl schon seit 8 Wochen beendet, will immer noch nicht zur Ruhe kommen. Die sozialdemokratischen Agitatoren und ihre Presse sind fortwährend bemüht, die Phänomene des Schlachtfeldes zu spielen und für ihre Sache noch etwas herauszuschlagen. Mit Flugblättern, Zeitungsartikeln u. d. wird das Land überschwemmt, worin alle Erfolge mit dreister Sternen hinweggeleugnet und zu einer Niederlage gestempelt werden sollen.

Als Vorwand dient den Gebern der bedauerlichen Gegenseit, welcher zwischen dem Herrn Landeskommisär Straub und dem Bezirksleiter Engel, bezüglich der Einigungsbedingungen entstanden ist und in der Presse zum Ausdruck kam. In der Hauptfrage dreht sich der Streit darum, daß Engel behauptete, u. a. seien 10 Prozent Lohn erhöhung bewilligt welche bis zum 15. September in Kraft treten sollten, während Herr Landeskommisär Straub erklärte, daß eine Lohn erhöhung zugesagt worden sei. Bei Eintreten besserer Geschäftskonjunktur. Die Dinge haben sich leider immer mehr zugespikt, sodass jetzt auch der Verte der Badischen Fabrikinspektion, Herr Oberregierungsrat Wittmann, in den Streit eingriff und folgende Erklärung veröffentlichte:

Der Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, Sekretariat Straßburg, Herr Emil Engel, hat über die Verlegung des Verbandes in Badisch-Rheinfelden Nachrichten veröffentlicht, die mit der offiziellen Wahrheit in schroffem Widerspruch stehen und hat an seinen Behauptungen, trotz der wiederholten amtlichen Nichtstellung von Seiten des großherzoglichen Landeskommisärs für die Kreise Konstanz, Billingen und Waldshut, Geheimer Oberregierungsrat Straub, in hartnäckiger Weise festgehalten. Dieses in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig bestehende Verhalten läßt zwei Möglichkeiten zu: entweder spricht Herr Emil Engel mit dreister Stirn in bewusster Weise die Unwahrheit oder er lebt an schweren Gedächtnissstörungen und Zwangsvorstellungen. Lebenfaß kann ich nach diesen und anderen mir bekannt gewordenen bedenklichen Gebarungen des Herrn Emil Engel ihn als einen verhandlungsfähigen Arbeitervorsteher nicht mehr anerkennen und lehne für die Zukunft jeden dienstlichen Verkehr mit ihm ab.

Der Vorstand der großherzogl. Fabrikinspektion: Wittmann.

Diese Zusicherung der Präzedenz lädt mir nur auf's tiefste bedauern, umso mehr, als dadurch das zu einer gebedihtlichen Arbeit notwendige gute Verhältnis zwischen den betreffenden Regierungsvertretern und unserem Beamten Engel gestört wurde. Wir betrachten es als selbstverständliche Pflicht eines jeden Gewerkschaftsbeamten, sich in der gesamten Tätigkeit und insbesondere auch im Verkehr mit den Regierungsvertretern der strengsten Objektivität zu befleißigen. Die geringste Abweichung von dieser müßten wir missbilligen und entschieden verurteilen.

Ob das Vorgehen des Herrn Dr. Wittmann notwendig war, darüber läßt sich ebenfalls streiten. Herr Dr. Wittmann erkennt ja in anerkennenswerter Weise die Gewerkschaftsbewegung als die berufene Arbeiterinteressenvertretung an, daß bekanntlich nicht bei allen deutschen Gewerbeinspektionsbeamten der Fall ist. Wenn er in Konsequenz dessen die in seiner Erklärung gegebene Aussöhnung der Sachlage dem Vorstand des christlichen Metallarbeiterverbandes unterbreitet hätte, wäre durch diesen zweifellos der Sache auf den Grund gegangen worden, wodurch sich die Dr. Wittmann'sche Erklärung von selbst erübrigत hätte.

Sowieso Engel Tolt und Korrektheit in der Angelegenheit hat vermissen lassen, wird die Verbandsleitung näher festzustellen sich jetzt angeleget sein lassen.

Die sozialdemokratischen Führer aber haben keine Berechtigung, von mangelnder Wahrheitsliebe bei christlichen Arbeiterschaften zu reden, denn so offensichtlich ist noch niemals die Wahrheit strahlend klariert worden, wie es von sozialdemokratischer Seite im Anschluß an die Bewegung in Rheinfelden geschehen ist.

Der Brennpunkt der ganzen Bewegung und ihrer Begleiterheirungen dreht sich um die Frage der Wohnaufbesserung. Die ist aber inzwischen tatsächlich gemäß den Forderungen der Arbeiter zu deren Gunsten erledigt. Um diese Tatsache aber nicht als Erfolg des Streiks in der öffentlichen Meinung erscheinen zu lassen, sieht sich die Direktion der Aluminiumwerke in Badisch-Rheinfelden nochmals veranlaßt, in der vielumstrittenen Angelegenheit das Wort zu nehmen. In Nr. 127 des Rheinfelder Anzeiger wird folgendes Schreiben der Firma an den Landeskommisär Oberregierungsrat Straub veröffentlicht:

Neuhauen (Schweiz), 20. Oct. 1909.

Großherz. Landeskommisär, Konstanz.

Hochgeehrter Herr Geh. Oberregierungsrat!

Nachdem im „Sätinger Volksblatt“ vom 16. d. M. aus der unserer Arbeiterschaft in Badisch-Rheinfelden nachdrücklich gewährten Wohnaufbesserung der Schluss gezogen worden ist, daß die von Ihnen im Rheinfelder Anzeiger veröffentlichten Angaben über das Resultat der Streitverhandlungen vom 15. August mit den tatsächlichen nicht übereinstimmen, befreien wir uns, Ihnen zu gutheinender Beurteilung folgende Erklärung abzugeben:

Durch die Abmachungen vom 15. August haben wir uns lediglich verpflichtet, bei Eintreten besserer Konjunktur in der Aluminiumindustrie eine Lohn erhöhung nach wie-

freien Erneissen durchzuführen. Argend ein weiteres Zugeständnis haben wir in der Lohnfrage keiner ausdrücklich noch stillschweigend gemacht. Veranlaßt nun durch neuere Bilder der Arbeiterschaft und nun ein für allemal weiteren Antrieben den Boden zu entziehen, haben wir uns dazu entschlossen, die für später in Aussicht gestellte Lohnverhöhung schon jetzt durchzuführen, obwohl von einer Besserung auf dem Aluminiumpark nicht gesprochen werden kann und obwohl vorauszusehen war, daß unsere Maßnahmen von Engel und Konsorten absichtlich missbraucht würden.

Die Aufbesserung beruht durchaus auf einem freiwilligen Entgegenkommen unsererseits und sie ist erst erfolgt, nachdem wir uns überwältigt hatten, daß unsere Arbeiterschaft die Lohnfrage damit auch wirklich als erledigt betrachtet.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

Aluminium-Industrie-Gesellschaft.  
Schindler.

Die Darstellung des Sachverhalts seitens der Firma widerspricht ihrem ganzen früheren Verhalten und nötigt uns zu folgenden Feststellungen: Der Schlusspunkt in der Erklärung der Fabrikleitung bestätigt zunächst, daß die von den Arbeitern geforderte Lohnverhöhung — und das war die Kardinalfrage der ganzen Bewegung — inzwischen tatsächlich erfolgt ist, während in den sozialdemokratischen Lügenblättern und Zeitungen mit dreifester Sturze das Gegenteil behauptet wird.

Herrn: Wer mir einige gewerkschaftliche Erfahrung besitzt und die Vorgänge vor und während dem Streik, vornehmlich das starkköpfige Verhalten der Betriebsleitung in Betracht zieht, der wird die Behauptung nur mit Kopfschütteln aufnehmen, daß die Lohnverhöhung aus „freiwilligem Entgegenkommen“ entstanden sei. Es ist vielmehr außer allem Zweifel, daß die Lohnverhöhung direkt durch den Streik veranlaßt ist, und daß die Betriebsleitung damit nur ihr gegebenes Versprechen eingelöst hat.

Doch es sich hier nicht um ein freiwilliges Entgegenkommen handelt, beweisen folgende Umstände: Die Firma hat alle Wünsche der Arbeiter im Frühjahr ds. Jrs. rundweg abgelehnt. Statt den Arbeitern in geringsten entgegen zu kommen, erfolgten zahlreiche Aenderentlassungen, die aber nur als Maßregelungen betrachtet werden können, da an Stelle der Entlassenen sofort andere Arbeiter eingestellt wurden, von Arbeitsmangel also keine Rede sein konnte.

Diese Vorgänge drängten die Arbeiter in den Streik, der gegen den Willen der Betriebsleitung zum Ausbruch kam. Die Betriebsleitung ließ es dann auf einen mehrwöchentlichen, heftigen Kampf ankommen, wobei sogar bedauerlicher Weise Blut floß. Die Firma lehnte jeden gutgemeinten Vermittlungsversuch der Regierungsvertreter, insbesondere der Gewerbeinspektion, in schroffer Weise ab. Erst als die Unruhen entstanden, Blut geflossen, der Belagerungszustand verhängt und Militär herangezogen war, und mit eventl. Wiederzurückziehung des Militärs bedroht wurde, erst da ließ sich die Fabrikleitung zu Verhandlungen herbei. Eine Firma, die so hartnäckig die bescheidenen Forderungen der Arbeiter ablehnt, kann heute der Öffentlichkeit den Glauben nicht beibringen, daß sie jetzt aus reinem Willen und freiwilligem Entgegenkommen gehandelt hätte. In der tatsächlich erfolgten Lohnaufbesserung kann nur die Einlösung des von der Firma gegebenen Versprechens und ein Erfolg des Streiks erblickt werden. Darauf können auch alle gegenseitigen Erklärungen der Firma nicht hinwegsehen.

Gegenüber den verhebenden und verlogenen Behauptungen in sozialdemokratischen Flugsättern, Zeitungsartikeln und Versammlungsreden, die den Erfolg des Streiks in eine Niederlage umfälzten wollen, wollen wir nochmals folgende Feststellungen machen, wobei wir die ersten Veröffentlichungen von Engel und die tatsächlich eingetretenen Verbesserungen in dem Betriebe zu Grunde legen. Gemäß der Darstellung Engels sollten folgende Zugeständnisse gemacht sein:

1. Die Teuerungszulage von 20 Pf. pro Tag wird garantiert.

2. Es wird ein Arbeiterausschuß gebildet, wozu zwei Drittel die Arbeiter und ein Drittel die Firma Vertreter entsendet. Innerhalb drei Tagen soll derselbe gebildet werden.

3. Eine Lohnverhöhung von 10 Prozent mit zu gestanden. Nähere Einzelheiten soll der Arbeiterausschuß mit der Firma vereinbaren. Spätestens bis zum 15. September soll dieselbe geregelt sein.

4. Die zuletzt eingestellten Arbeitswilligen werden von der Firma wieder entlassen.

5. Sämtliche Streikende werden wieder eingestellt, mit Ausnahme solcher, welche als Rädelsführer des Landfriedesbruchs schuldig befunden werden.

6. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation finden nicht statt.

7. Die Streikenden verpflichten sich, gegen stärkere Arbeitswillige oder Meister sich ruhig zu verhalten, ebenso darf den Streikenden wegen des Streiks nichts in den Weg gelegt werden. Wer hiergegen verstößt, sei es Meister oder Arbeiter, wird entlassen.

8. Die Streikenden erklären, daß sie die Arbeit sofort wieder aufzunehmen bereit sind.

Was ist nach dem Streik nun davon tatsächlich verwirkt?

Zu Punkt 1 und 3: Lohnfrage. Die Teuerungszulage ist garantiert und 20 Pf. Lohnzulage ist bewilligt; außerdem ist für Nachtarbeit 60 Pf. und für Sonntagsarbeit 80 Pf. Zuschlag gewährt.

Zu Punkt 2: Ein Arbeiterausschuß ist gebildet worden.

Zu Punkt 4: Die während dem Streik eingesetzten Arbeitswilligen sind sofort entlassen worden.

Zu Punkt 5: Sämtliche Streikenden wurden eingestellt, soweit sie sich zur Arbeit gemeldet haben.

Zu Punkt 6: Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation sind nicht vorgenommen.

Zu Punkt 7: Gegenseitige Belastigungen haben bisher nicht stattgefunden.

Zu Punkt 8: Die Arbeit ist am Tage nach der Vereinbarung aufgetreten worden.

Mit diesen unbestreitbaren Tatsachen ist für jeden wahrheitsliebenden Menschen der Beweis erbracht, daß sämtliche von Engel veröffentlichten Einzelheiten heute praktisch verwirkt sind und der Erfolg für die Arbeiter nicht hinweggestritten werden kann.

Hiermit vergleiche man die infamen Lügen des sozialdemokratischen Heftungsbüros, das von der Bezirksleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Herrn Karl Vorholzer, in die Welt geschleudert und sinngemäß auch in der sozialdemokratischen Presse verbreitet wurde. Der Flugblattschreiber wagte es, wörtlich folgendes zu schreiben:

Statt der Streikunterstützung — einen Vorwurf.

Statt der Lohnverhöhung — Abzüge.

Statt der Wiederaufstellung — Entlassungen.

Statt schriftlichen Abmachungen — verlogene Behauptungen.

Statt Belämpfung des Kapitals — gemeine Beschimpfung der „Arbeiter“.

Statt „christlicher“ Verhältnisse — Versteuerung der Lebenshaltung.

Lebt doch das Gegenteil der Tatsachen, jedes Wort eine plumpfe Unwahrheit. Lüge ist auch, daß die Streikenden statt Streikunterstützung nur Vorwurf erhalten hätten. Sämtliche Streikende haben die ihnen zusätzliche Unterstützung erhalten, teilweise noch mehr, wie ihnen finanziell zustand, und alle gegenwärtigen Ausschreitungen beruhen auf bewußtem Schwund oder Boswiligkeit. Zeigt sehen auch die sozialdemokratischen Heftungsbüros ein, daß sie sich mit ihren plumpen Lügen- und Verleumdungsfeldzug festgerichtet haben. Kollege Engel hat der sozialdemokratischen Bezirksleitung öffentlich das Angebot gemacht, durch eine aus beiden Verbänden zusammengesetzte Kommission den Zustand über die tatsächlich erfolgten Verbesserungen in den Aluminiumwerken an Ort und Stelle untersuchen und dann veröffentlichten zu lassen. Und was sagt nun die sozialdemokratische Bezirksleitung zu diesem loyalen Angebot? „Sie wird die Gelegenheit selbstverständlich sofort beim Schoppe fassen und ihre Behauptungen nun an Ort und Stelle mit Beweisen belegen“, so wird jeder ehrlich denkende Mensch annehmen müssen. O, wer das annimmt, der kennt die sozialdemokratischen Heftungsbüros, insbesondere den Bezirksleiter Herrn Karl Vorholzer nicht. Erneist, verschaut sich hinter seinem Verbandsvorstand, Engel habe keine Legitimation zu einem solchen Vorwurf, das sei Sache der Zentralvorstände und ähnliche Verleumdungsausbreiten beruht der tapfere Mann, um sich aus der Sadgasse zu retten und sich an Ort und Stelle nicht von eigenen Verbandsgenossen der ausgestreuten Unwahrheiten überspielen zu lassen. So sieht's mit der sozialdemokratischen Wahrheitsliebe aus.

Dieser ganze Lügenfeldzug der Sozialdemokraten entspringt nur dem fanatischen Hass gegen Andersdenkende und soll den Blick der Massen von den Schwächen und Blößen im eigenen Lager ablenken. Denn sachliche Inhaltspunkte zu dieser infernalen Hölle könnte die Bewegung in Rheinfelden den Sozialisten auch nicht im geringsten bieten. Noch ehe der Kampf endgültig beigelegt war, flug ihre Wühlarbeit schon an, indem Sozialdemokraten die Arbeiter zu verhezen und von der Wiederaufnahme der Arbeit abzuhalten suchten. Ihre skrupellose Heftigkeit ist auch indirekt schuld daran, daß der bedauerliche Gegensatz zwischen den inbelacht kommenden Regierungsbeamten und unserem Bezirksleiter Engel sich herausgebildet hat. Sozialdemokraten haben in dieser Bewegung die Interessen der armen Arbeiter in geradezu hundertsschreiernder Weise mit Füßen getreten.

Wenn sozialdemokratische Verbände bei ihren Streiks nur einen winzigen Bruchteil von solchen direkten Erfolgen erzielen, dann wird das als großer Sieg hinzugespaut; die offensichtlichsten Erfolge der christlichen Gewerkschaften werden aber zu Niederlagen umgedeutet. Dafür nur ein brachiales Beispiel aus den letzten Tagen.

Ein von sozialdemokratischen Verbänden geführter Streik in der Bellu-Schildwarenfabrik von Gebhard Wolf in Nürnberg hat insofern eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Kampf in Badisch-Rheinfelden, als auch bei dem Streik in Nürnberg Erfolge vorliefen und ein Streikender von Arbeitswilligen entlassen wurde. Unter diesem Ein-

druck sind Verhandlungen mit der Firma zustande gekommen, die zu einer Einigung und Beilegung des Streits geführt haben. Erfreut wurde hierbei nach dem wörtlichen Bericht des sozialdemokratischen „Correspondenzblattes“ der Generalausschiff, Nr. 43, also einer gewiss unverdächtiger Quelle, die am allerleisten den „Erfolg“ versteckt hält, folgendes:

„Über die Lohnbedingungen, die den Ausschub veranlaßten, soll mit einer Kommission der Arbeiter weiter verhandelt werden. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am Montag. Die Streikenden werden sämtlich innerhalb der nächsten vier Wochen eingestellt. Sämtliche Differenzen sollen stets Verhandlungen mit den Organisationsvertretern vorbehalten bleiben.“

Damit vergleiche man die oben angeführten tatsächlichen Erfolge des Streiks in Badisch-Rheinfelden und das „objektive“ Urteil der sozialdemokratischen Presse in beiden Fällen. Der „Erfolg“ in Nürnberg wird von der sozialdemokratischen Presse als großes Sieg gefeiert. Das sozialdemokratische Zentralorgan „Der Vorwärts“ Nr. 250 vom 26. Oktober schreibt z. B. wörtlich:

„Der Kampf der Streikenden war lang, schwer und opferreich, und der schöne Sieg, den sie nun mehr erreicht haben, ist wohlverdient.“

Und dieselbe Presse hat den traurigen Mut, den Erfolg des Rheinfelder Kampfes, wo der trekte Lohn erhöhten, sofortige Wiederaufstellung der Streikenden, Entlassung der Streikbrecher, Errichtung eines Arbeiterausschusses u. a. erreicht wurde, als Niederklage des christlichen Metallarbeiterverbandes zu verunglimpfen. Bei der Nürnberger Bewegung handelt es sich eben um eine sozialdemokratische, im Rheinfelder Fall um eine christliche Arbeiterorganisation. Das ist der Unterschied. Mit solchem schamlosen Bug und Trug wird die sozialdemokratische Agitation betrieben.

Seht, christliche Arbeiter und Arbeiterinnen, das ist die Doppelmoral, das sind die schmutzigen Waffen, mit denen die sozialdemokratischen Blätter und Agitatoren den Kampf in der Arbeiterbewegung vergrößern! So treiben sie den Krieg der Unwahrheit fortwährend tiefer in die Arbeiterschaft hinein und arbeiten nur dem Scharnachertum in die Hände, während sie die Arbeitnehmer mit Füßen getreten werden. Und wenn jemand bei der gegenwärtigen Hölle gegen den christlichen Metallarbeiterverband als Lügner öffentlich gebrandmarkt und gerichtet ist, dann sind es die sozialdemokratischen Heftungen, denen die Pflicht der Wahrhaftigkeit dem Gegner gegenüber nur leerer Schall ist. Ihr schmückiges Treiben kann bei onständigen Menschen nur Abscheu und Angstung hervorrufen.

Die christliche Arbeiterschaft hat diese Sorte von „Arbeitervertretern“ erkannt und kann durch deren harte Arbeit nicht irre gemacht werden. Jetzt erst recht, werben sich alle rechtvollen Metallarbeiter sagen, wollen wir in der äußeren Stärkung und inneren Festigung des christlichen Metallarbeiterverbandes mit allen Kräften mit und weiterarbeiten, dem Feinde zur Wehr, der Macht zur Ehre.

## Die „gelbe“ Gefahr.

„Gelbe und vaterländische Organisationen“ sind seit neuerer Zeit ein Gegenstand der amtlichen Statistik. Das ist nicht verounserlich. Obwohl im Gegensatz zu den beiden großen gewerkschaftlichen Organisationen stehend, oder gerade deshalb sind die gelben Vereine nicht nur die Lieblingskinder so mancher gewinnstüchtiger Industriellen, sondern auch gewisser Politiker geworden. Des deutschen Reichs gewesener Kanzler, Fürst v. Waldbott, hat sich ihnen verschrieben und noch manch anderer Regierungsmann soll als „Förderer“ dieser Gruppe dienen. Die „Gelben“ werden also jetzt von den amtlichen Statistiken behandelt; sie haben eine Rubrik hinter den „vaterländischen Arbeitervereinen“ im „Statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich“. Die Zahl der „Gelben“ in den verschiedenen Brüchen gemeinsamen Berufen und Werkvereinen betrug Ende 1908 zusammen 65 338 Köpfe. Die Gesamtausgabe wird angegeben mit 347 784 M., die Gesamtausgabe im Jahre 1908 268 871 M., und das Vermögen Ende 1908 380 574 M. Die Vereine im Einzelnen sind nicht aufgeführt, wie auch über die Zeit ihrer Gründung in der Statistik nichts gesagt ist. Zufallsweise ergibt sich die Zahl der „Gelben“ in Baden. In den gelben Werkvereinen finden sich da 13 358 Mitglieder dazu kommen 500 Mitglieder des gesetzlichen Arbeiter-Unterstützungsvereins Pitmanns. Die Stadt der Intelligenz, Berlin, hat allerdings mehr, 21 124 Gelbe in ihren Mauern.

Im Reichsstatistischen Jahrbuch für 1909 finden sich noch einige nähere Angaben über die gelben Organisationen. Danach verteilen sich die 65 338 Mitglieder auf 79 Vereine, wobei reine Spar- und Renten- und Leistungvereine nicht gezählt sind. Sodann wird gesagt:

„Die Werkvereine, die geographisch zusammenfallen, zur Darstellung gebracht sind, haben ihre größte Verbreitung im Königreich Sachsen gefunden, in dem Bundesstaate, vor dem diese Bewegung ausgegang. Auf das Königreich Sachsen sind die gelben Vereine mit 18 558 Mitgliedern. Diese Vereine vereinnehmen

158 295 M. und verausgaben 138 805 M., ihr Vermögen beträgt 1908 172 026 M. Unter den bayerischen Gewerken ist der größte der Arbeiterverein vom Werke Augsburg mit 2646 Mitgliedern, 60 728 M. Einnahmen, 51 807 M. Ausgaben und 183 391 M. Vermögen.

In Dresden besteht eine "Feste Vereinigung Deutscher Metallarbeiter" mit 1860 Mitgliedern und 12 597 M. Vermögen. Dieser Verein entstand kurz nach Auflösung der großen Ausschüttung, die der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Dresden im Jahre 1906 über die Mitglieder sozialdemokratischer Gewerkschaften in der Metallindustrie verhängt hatte. Die älteren Arbeiter der Firma Seidel und Naumann bildeten eine Gegenorganisation, die bald aus einer Reihe anderer Fabriken Zugang erhielt.

Neben 2000 Mitgliedern hat noch der Werkverein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Amberg Emaillier- und Stanzwerke, Amberg (2312), je über 1000 haben der Unterstützungsverein Siemens-Schuckertscher Arbeiter und Arbeiterinnen, Nürnberg (1137) und der Arbeiterverein für die mechanische Baumwoll-Spinnerie und Weberei, Augsburg (1074).

Für Berlin und Umgegend konnten 15 Vereine mit 21 124 Mitgliedern festgestellt werden. Der größte Verein ist der Unterstützungsverein der Siemenswerke, Charlottenburg, dem 8716 Mitglieder angehören, dann folgt der Verein der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn Berlin mit 8772 und der Hilfsverein der Angestellten der Allgemeinen Berliner Omnibus-Mitengesellschaft Berlin mit 2305 Mitgliedern.

Unter den 7 Vereinen, die auf die Provinz Sachsen fallen, zählt der Arbeiterverein vom Grusonwerk, Friedr. Krupp Alt.-Gef., Magdeburg-Buckau, mehr als 1000 Mitglieder (1441). Das Rheinland hat zwei große gelbe Vereine: den Hüttenarbeiterverein der Luxemburger Bergwerke Alt.-Gef. Burbacher Hütte bei Saarbrücken (4300 Mitglieder) und den Hüttenarbeiterverein Völklingen, Böllingen (1285 Mitglieder). In Hamburg besteht ein gelber Verein unter den Hafenarbeitern: die Spar- und Unterstützungsstasse der Schauerleute des Hafenbetriebsvertrags, Hamburg, mit 1156 Mitgliedern.

Eine lose Zusammensetzung findet eine Anzahl dieser Vereine im Gelben Arbeitsbunde zu Berlin. Dieser wiederum hat sich nebst anderen Vereinen in dem "Schriftante der gelben Arbeitervereine" zu Augsburg vereinigt.

Augsburg also hat den „Ruhm“, Ausgangs- und Mittelpunkt der gelben Bewegung zu sein. Auf der Generalversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes, die im September 1908 in dieser Stadt abgehalten wurde, hat ein Redner gelegentlich der Festversammlung darauf angespielt und nach dem vorliegenden Protokoll gesagt:

"Augsburg ist eine alte Stadt mit viel Sehenswertem und Altertümlichem. Altertümlich ist auch heute noch das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es ist ein patriarchalisch. In dem Worte wäre schließlich nichts auszusuchen, aber wie es in Augsburg ausgelegt wird, damit kann man doch nicht einverstanden sein. Hier sagen die Industriellen als Arbeitgeber zu ihren Arbeitern: Du hast zu arbeiten, soweit erfäßt du Lohn, und wir sorgen für dich durch eine ganze Reihe von „Wohlfahrtseinrichtungen“ (Heiterkeit). Sie sind so besorgt, daß sie auch ihre Arbeiter von den Organisationen abhalten und sie somit hindern, daß sie Ausgaben machen (Erneute Heiterkeit). Mit gleicher Liebe werden ja die Angestellten, die Fabrikbeamten und die Ingenieure von denselben Industriellen umfangen. Das ist doch etwas Altertümliches, was Nettes, was Fürsorgliches (Heiterkeit)."

Die Niederhaltung der gutwilligen Augsburger Arbeiterschaft ist von jehler systematisch betrieben worden. Die Augsburger Industriellen haben es von jehler verstanden, die Mehrzahl ihrer Arbeiter durch Wohlfahrtseinrichtungen über ihre misslichen Verhältnisse hinwegzutäuschen. Nach der Gründung des christlichen Textilarbeiterverbandes für Bayern, 1897, wurde von diesem festgelegt, daß 1896 der Durchschnittslohn eines Vollarbeitors der Textilindustrie in Augsburg täglich nur 2,06 M. betrug. Viele Hunderte hatten nur einen Lohn von 80 Pf. bis 1 M. täglich. Als dann auf Grund dieses Materials die „Neue Bayer. Zeitung“, in welcher Kollege Schirmer als Redakteur tätig war, heftige Angriffe gegen die Augsburger Industriellen erhob, verteidigten sich diese mit ihren Wohlfahrtseinrichtungen. Die Presse darunter die „M. R. Nachr.“ wiesen darauf hin, daß die Maschinenfabrik Augsburg allein in den Jahren 1892 bis 1898 auseinander Läufe der Arbeiterunterstützungskasse nicht weniger als 194 763 M.“ zugewendet habe. Diese Spende, im Durchschnitt jährlich 27 500 M., gab dem Blatte Unlaß zu einer großen Lobsüdelei, indem es also schrieb:

"Wir sehen aus dieser Wohlfahrtseinrichtungen, denen sich die zahlreicher anderer hieriger Etablissements widig zur Seite stellen, in welch hervorragender Weise die Augsburger Industrie um das Wohl ihrer Arbeiter besorgt ist und glauben nochmals die bestimme Vertheidigung abgeben zu können, daß die hierigen Arbeiterforce den diesbezüglichen Auslassungen der „M. R. Nachr.“ vollkommen fern seien, dieselben sogar als ihren Zwecken in jeder Weise undurchdringlich verabscheuen."

Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften, die sich heutzutage oft recht radikal gebärden, haben gegen die traurigen Arbeitsverhältnisse in Augsburg so gut wie nichts ausgerichtet. Auch sie konnten dem missliefenden Wohlfahrtssystem der Industriellen nicht widerstehen. Sie erscheinen vielmehr als die Vorläufer der „Gelben“. Das geht aus einer Ausschaffung der „Münch. R. Nachr.“ Nr. 449 vom Jahre 1897 deutlich hervor. Dieses Blatt, wie auch andere Zeitungen und Zeitschriften gegen die Gründung christlicher Gewerkschaften. Mit Bezugnahme auf die Gründung des bayer. Textilarbeiterverbandes in Augsburg schrieb das genannte Blatt:

"Es wäre unserer Ansicht nach die Pflicht des Liberalismus, gegen Gründungen, wie der katholische Textilarbeiter- und der Eisenbahnerverband (beide Verbände wurden von Anfang an interkonfessionell organisiert), Front zu machen, da sie in leichter Instanz nichts sind, als ein Schlagzeug „Wehr“ zum Massenklimmenang.“ (?) Wären sie das nicht, so würde man sich der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften erinnern, die auch für Textilarbeiter eröffnet und faktisch auf wirtschaftlicher Basis stehen. Ihnen soll aber der Boden abgegeben werden, weil der Liberalismus keiner einzelfestigkeitsunterstützung aus den Reihen der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften genügt."

Hier wird klipp und klar gesagt, daß die Hirsch-Dunkers als Hilfsgruppen einer politischen Partei fungierten und daher gegen liberale Fabrikanten nicht vorgehen durften. Man war „ordnungsliebend“ und lebte von den Brotsamen, die abfleßen. So stehen also die „Gelben“ in Augsburg auf historischem Boden. Die Augsb. Abendtg. vertrat dieselbe Ansicht, wenn sie in ihrer Nummer vom 14. Juli 1907 schrieb:

"Im Grunde bilden ja diese gelben Vereinigungen nichts anderes, als eine Wiederaufnahme des Gedankens, der den Arbeiterbildungsvereinen zu Grunde lag. Auch in diesen Vereinen wirkten Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Verein mit Personen anderer Stände zusammen, um der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit Ausdruck zu geben."

Die Sache wird noch klarer, wenn man weiß, daß aus diesen Arbeiterbildungsvereinen viele Mitglieder der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften hervorgegangen, daß zwischen beiden Vereinigungen zumeist ein recht inniges Verhältnis herrschte.

Ist auch die Zahl der gelben Organisierten eine verhältnismäßig kleine, so wäre es doch falsch, sie unbeachtet zu lassen. Im letzten Jahre sind sie um 16 625 Personen gewachsen und ein Teil der Industriellen ist eifrig bemüht, diese Bewegung weiter zu heben. Die Maschinenfabrik Augsburg z. B. soll zur Förderung der gelben Organisation bereits mehr als 300 000 M. aufgewendet haben. In erster Linie handelte es sich darum, die Arbeitbewegung zu zerstreuen, die Stoffkraft der ersten, um die Hebung des Arbeitstandes besorgten Organisationen zu schwächen. Die Fabrikantengründer haben deshalb auch in den Anfängen der gelben Werkvereine zumeist bestimmt, daß ihr Einfluß an andere größere Arbeiterverbände ausgeschlossen sei soll. Man will also auch keine zentralisierte gelbe Organisation und die einzelnen Vereine gesondert unter Überwachung halten, damit sie ja keine „Dummheiten“ machen, wenn gelegentlich bei den Mitgliedern das proletarische Gefühl erwachen sollte. Der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation beruht bekanntlich auf ihrer Stärke, der Einheitlichkeit und Geschlossenheit ihrer Bewegung, ihrem Programm und ihrer Taktik. Durch ihre Sonderstellung in der Arbeitbewegung stören die „Gelben“ die Einigkeit und schädigen so die Interessen ihrer Standes- und Klassengenossen.

Das Programm der Gelben entspricht auch viel mehr den Interessen der Arbeitgeber als wie jenen der Arbeitnehmer. „Es ist das charakteristische aller „gelben“ Organisationen, daß an die Stelle des Arbeitnehmerinteresses das Arbeitgeberinteresse substituiert wird. Das ist verkehrt,“ erklärt der konservative Politiker Lüdtke von Dörzen. Michel Gasteiger sagt in seinem neuesten Buche: „Die gelben Gewerkschaften“ (Sozialpolitischer Verlag München, Preis 3 Mark) folgendes darüber:

"Die Theorie der gelben Gewerkschaften ist in ihrer negativen Ausdehnung extrem antikapitalistisch. Die Erfahrung lehrt, daß nicht der Kampf gegen den Umsatz, sondern der gegen die Gewerkschaften überhaupt vielfach das treibende Moment zur Gründung gelber Gewerkschaften ist. Nach der positiven Seite hin bewegt sich das Programm der Gelben im Prinzip in feudalkonservativer Gedankengänge, in der Praxis jedoch betätigt es sich in großindustriellem Sinne."

Gasteiger verweist dann weiter darauf, daß die gelben Gewerkschaften Deutschlands die Wohlfahrtseinrichtungen mit Zusätzlichem der Arbeitgeber lebhaft propagieren und zum größten Teile darauf aufgebaut sind. Die von Arbeitgeberseite gespendeten Wohlfahrtseinrichtungen sind nicht immer das Produkt der Hilfsbereitschaft und der Selbstlosigkeit. Indem man das eine oder andere Bedürfnis befriedigt, sucht man den Arbeiter in eine tatsächliche Abhängigkeit vom Wohltaten spendenden zu bringen, daß er vielfach gar nicht daran denken kann, von den Rechten freien Gebrauch zu machen, welche ihm die bestehende Rechtsordnung zuerkennt. Die gelben Gewerkschaften stellen aber die Wohlfahrtseinrichtungen im Vordergrund und benutzen sie als Lockspeise beim Mitgliederfang. Das Organ der „Gelben“, „Die Wehr“, Nr. 8 vom Jahre 1909, vertrat die Ansicht:

"Die Mehrheit der Leute wird wohl niemals dahin zu bringen sein, daß sie äußere Vorteile aufgibt oder gar ihre bürgerliche Existenz in Gefahr bringt, um den inneren Menschen zu behaupten."

Die Arbeiter werden hier sehr niedrig eingeschätz. Herr Referent Dr. Schellwien Berlin bezwang auf der Tagung der deutschen Arbeitgeberverbände zu München am 4. September 1908 die gelben Arbeiter, welche um der pekuniären Vorteile willen sich gelb organisieren lassen, als „charakterlos“.

Ein Liberaler, Herr Dr. Brunthuber, nannte die gelben Gewerkschaften Verräter des Gewerkschaftsgedankens und des Organisationsrechts. Der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Thoma aber erklärte 1908 in der bayerischen Kammer der Abgeordneten:

"Ich für meinen Teil habe noch niemals ein Gehalt daraus gemacht, daß die Zugehörigkeit zu einem gelben Verein oder der Eintritt in einen solchen faktisch den Verzicht auf die Revolutionsfreiheit bedeutet."

Wenn einzelne der gelben Gründungen sich als „frei“ und unabhängig bezeichnen, so ist das falsch, sagt Dr. Pessler. „Warum spricht man nicht lieber von Arbeitswilligenvereinen, wenn man doch solche will und meint.“

Die Wiedergabe dieser Zitate hervorragender Kenner der gelben Werksvereine zeigt die einmütige Verurteilung derselben, als eine für die Arbeiterschaft schädliche Gründung. Kein Arbeiter sollte sich herbeilassen, derartigen Organisationen beizutreten, auch nicht, wenn Zwangsmittel gegen ihn zur Anwendung gelangen. S. B.

## Kritik der Versicherungsordnung.

### I.

Viele Anerkennungen soll, so wird in der Presse berichtet, der Bundesrat in der ersten Lesung des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung an demselben vorgenommen haben und weitere Anerkennungen beabsichtigte er in der im nächsten Monat beginnenden zweiten Lesung noch vorzunehmen, unter Berücksichtigung der an dem Gesetzentwurf vielerseits vorgenommenen Kritik. Vor allem betrifft der vorgebrachten Versicherungssamt und ihrer Kompetenzen im Rentenfeststellungsverfahren. Hier scheint man den Unternehmern entgegenkommen zu wollen. Die aber besonders von den Arbeitern scharf beanstandete Haftierung der Beiträge und des Stimmrechtes in den Krankenkassen soll Gründe in den Augen des Bundesrates gefunden haben. Was Wahres an den Verlautbarungen der halböffentlichen Presse in dieser Beziehung ist, können wir natürlich nicht beurteilen. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat auf dem diesjährigen christlichen Gewerkschaftskongress zwar ihre Wünsche zur Umgestaltung und Erweiterung der Arbeiterversicherung nur präzisiert; nichtsdestoweniger glauben wir in letzter Stunde, vor Verabschiedung des Entwurfs im Bundesrat, noch einmal unsere Stimme erheben zu müssen, besonders deshalb, weil die Unternehmer in ihren Interessenvertretungen ebenfalls fleißig an der Arbeit sind, um eine Bundesratsvorlage an den Reichstag in ihrem Sinne zu erzielen.

Auf ein Zweifaches legen bei der rechtlichen Gestaltung der Versicherungsordnung die Arbeitgeber besonderen Wert: Auf eine entsprechende Mitwirkung der Versicherten bei der Rentenfestsetzung in der Unfall- und Invalidenversicherung, sowie auf Beibehaltung der bisherigen Teilstellung in den Organen der Krankenkassen. Hier plänen aber die Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter am heftigsten aufeinander. Die Unternehmer wollen von einer Beschränkung ihres einseitigen Rentenfestsetzungstreches auf dem Gebiete der Unfallversicherung, wie sie in dem Entwurf der Versicherungsordnung, in den den Versicherungssämttern zugeschriebenen Kompetenzen vorgesehen ist, absolut nichts wissen, während sie zum großen Teile der Haftierung der Beiträge und des Stimmrechtes in den Krankenkassen zustimmen; die Arbeiter hingegen verlangen das direkte Gegenteil.

Interessant ist dabei, die Konsequenz dieser einflussreichen Unternehmergruppen zu beobachten. In demselben Augenblick, wo sie die Versicherungssämter verwerfen, weil sie die Lasten der Unternehmer zu sehr unzureichend vermehrten, erläutern sie sich gerne bereit, die 45 Millionen, die die Hasbierung der Beiträge und des Stimmrechtes den Unternehmern alljährlich mehr aufzubürden, zu tragen. Doch das nevende. Wir wollen in nachfolgendem noch einmal auf die Unternehmerargumente zu den zwei Hauptstreitfragen eingehen und sie auf ihre Beweiskraft prüfen.

#### a) Das Versicherungssamt.

Drei Gründe sind es besonders, die von den Genossenschaften gegen die Versicherungssämter ins Feld geführt werden. Einmal sie seien überflüssig, weil die Berufsgenossenschaften sich vollständig bewährt hätten im Rentenfestsetzungsverfahren, des zweiten verteuerten sie dasselbe nur unnötigerweise und endlich bürokratisierten und verlangsamen sie es. Brüsten wir diese Einwände in aller Sachlichkeit.

Die Berufsgenossenschaften weisen zum Beweise für ihre Behauptung, daß das von ihnen ausgeübte Recht der Rentenfestsetzung sich gut bewährt habe, darauf hin, daß die Zahl der in den allgemein häufigen Rechtsstreitigkeiten gegen die erinstanzlichen Entscheidungen eingezogenen Rechtsmittel (Berufungen an eine höhere Gerichtsinstanz) erheblich größer sei, als die der Berufungen gegen die Versicherungsträger (Berufsgenossenschaften). Darauf antwortet die dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung beigegebene Begründung auf Seite 12 treffend, daß diese Tatsache sich nicht dafür verwerfen lasse, daß die Ber

sicherten im allgemeinen mit der Art der Rentenfestsetzung einverstanden seien. Denn bei den betr. Angelegenheiten des bürgerlichen Rechts handele es sich doch ausschließlich um solche, die schon strittig geworden seien, während dieses bei den geltend gemachten Unterstützungsansprüchen nicht der Fall wäre. Untereinander vergleichbar wären aber doch nur solche Sachen, die von vornherein streitig sind, oder über solche, bei denen das Gegenteil zutrifft.

Die Logik dieser Ausführungen ist bezwingend und sollte endlich auch die Berufsgenossenschaften veranlassen, ihren hinkenden Vergleich fallen zu lassen. Des Weiteren lässt sich doch auch nicht bestreiten, dass die Klagen der Versicherten über das herrschende Rentenfestsetzungsverfahren nicht gering sind. Das liegt eben daran, dass infolge des einseitigen Verfahrens die Gegenpartei keine ausreichende Gelegenheit hat, ihre Wünsche, Behauptungen und Beweismittel rechtzeitig zur Geltung zu bringen. Wie verläuft denn das Rentenfestsetzungsverfahren?

Der bei der Genossenschaft zur Anmeldung gelangte Unfall wird von dieser selbst unter Zuhilfenahme der öffentlichen Gewalten untersucht durch Augenscheinnahme, Vernehmen von Zeugen und Sachverständigen (Arzt, usw.). Dann wird dem Verletzten ein sogenannter Vorbescheid zugestellt, in dem ihm mitgeteilt wird, ob ihm eine Rente bewilligt werden und wie hoch dieselbe bejahendfalls sein soll. Dieser Vorbescheid ist gedruckt, also nach Schema und durchaus nicht immer werden die individuellen Gründe schriftlich beigelegt. Der Verletzte wird dann, entsprechend der gesetzlichen Vorschrift, belehrt, dass er sich binnen einer kurzen Frist meistens sind es acht Tage, bisweilen auch noch weniger, schriftlich oder mündlich zu den Darlegungen des Vorbescheides äußern könne. Die Erfahrung hat aber gelehrt, dass diese erstmalige Gelegenheit des Verletzten, sich zu äußern, wahrzunehmen sozusagen zwecklos ist. Denn der berufungsfähige Beileid, der oft erst nach mehreren Wochen dem Verletzten zugestellt wird, lautet fast stereotyp: „Ihre (des Verletzten) Einwendungen auf den Vorbescheid könnten von dem Genossenschaftsvorstande nicht berücksichtigt werden.“ Es bleibt bei dem, was in dem Vorbescheid angekündigt ist. Punktum. Grüne, weissblau die Einwendungen des Verletzten auf den Vorbescheid nicht berücksichtigt werden somit, werden sehr selten gegeben. Schreiber dieses hat denn auch fast immer den Verletzten geraten, den Vorbescheid nicht zu beantworten und das Geld für das Porto zu sparen, da es fortgeworfen sei.

Gegen den zweiten, berufungsfähigen Bescheid der Genossenschaft kann dann der Rentenbeschwerde an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Berufung einlegen. In dem Schiedsgerichtsverfahren ist der Verletzte gegenüber der Genossenschaft aber auch fast durchweg im Nachteil. Denn der berufungsfähige Bescheid basiert in den meisten Fällen auf einem Gutachten eines angesehenen Arztes des Bezirks, in dem der Verletzte wohnt.

Vielzahl werden die Kreisärzte von den Genossenschaften zur Begutachtung der Rentenbewerber herangezogen, klugerweise aber nicht in Form eines formellen Vertragsverhältnisses mit der Genossenschaft. Das könnte ja deren Gutachten als von einem Vertragsarzt herrührend am Schiedsgerichte misskreditieren! Hat die ärztliche Kapazität des Bezirks das Gutachten für den Rentenfestsetzungsbescheid geliefert, dann kann der Verletzte in der Regel von Pontius nach Pilatus laufen, ein Gegengutachten bekommt er selten. Der behandelnde Arzt des Verletzten sagt meistens, ich bin ja von der Genossenschaft gehört (auf Grund des Paragraphen 69 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes); sagt man ihm, die in dem Gutachten des Genossenschaftsärztes angeführten neuen Momente sind doch in ihrem Gutachten noch nicht gewürdigt worden, dann erhält man — immer von Ausnahmen abgesehen — die Antwort, diese neuen Momente lägen vollständig daneben. Auf den Einwand, dann widerlegen Sie das doch, hört man, der Gutachter der Genossenschaft ist der Kreisarzt oder der und der bedeutende Arzt und dann — ein Achselzucken. Stellen Sie bei dem Schiedsgericht den Antrag, mich noch einmal zu den Einwänden des Genossenschaftsärztes zu hören; ich habe den Verletzten monatelang behandelt und muss doch besser wissen, was ihm fehlt, wie der Genossenschaftsarzt, der ihn nur kurz untersucht hat — ist dann der Rat, den der behandelnde Arzt noch gibt, wenn man ihm auch einwendet, dass nach der Praxis der Schiedsgerichte ein solcher Antrag sehr selten erfüllt wird.

Gelingt es mal ein Gegengutachten gegen das genossenschaftsärztliche zu erhalten, oder divergieren die Ausführungen des herangezogenen Schiedsgerichtsgerichtes mit denen des Genossenschaftsärztes, dann kann man von Glück reden. Fällt das Urteil des Schiedsgerichts zu ungünstigen des Verletzten aus, weil er kein Gutachten erhalten konnte, dann ist es auch naturgemäß sehr schwer, am Rentenfestsetzungssamt, der zweiten und letzten rechtsprechenden Instanz, zu obsiegen. Denn auch hier ist der Verletzte dann ja der anderen Partei gegenüber im Nachteil. Er muss ja beweisen, dass die Verteilungen irrtig sind. So erklärt sich auch, dass

so diese Berufungen und Reklame zugunsten der Versicherten ausfallen. Praxis und Theorie sind eben oft zwei verschiedene Dinge.

Die Genossenschaften wenden gegen die Neueregung des Rentenfestsetzungsvorfahrens durch die für die Versicherungsämter in der Versicherungsordnung vorgelebten Kompetenzen ein, dadurch greife man in das vornehmste Recht der Genossenschaften. Die Arbeitgeber trügen die Kosten der Unfallversicherung allein, und man dürfe ihnen deshalb das Selbstbestimmungsrecht bei der Rentenfestsetzung auch nicht schmälen. Sie müssten das Recht haben, in den Genossenschaften zuerst zu den an sie gestellten Ansprüchen entscheidende Stellung zu nehmen.

Ganz recht! Aber wo im bürgerlichen Leben haben die in Anspruch genommenen ein instanzielles Entscheidungsrecht gegenüber dem Fordern? Feder Verpflichtete sagt beim Berechtigten, ob er seine Ansprüche befriedigen will oder nicht. Die Erklärung des Verpflichteten erhält dadurch aber noch nicht in kürzer Frist Rechtskraft. Erst die Verjährung enthebt ihn geistlich seiner Verpflichtungen. Vorher kann der Berechtigte deren Erfüllung auf dem ordentlichen Rechtswege erzwingen. Beweise und Gegenbeweise sind dann von den Parteien selbst zu beschaffen. So auch das Rechtsverhältnis zwischen Rentenversicherung und Verpflichteten. Anders dagegen zwischen Berufsgenossenschaften als Träger der Unfall- und Landesversicherungsanstalten als Träger der Invalidenversicherung und den Versicherten. Beide Versicherte entscheiden über die Ansprüche der Rentenbewerber als Instanz, sind somit Richter und Partei in einer Person.

Bei den Berufsgenossenschaften tritt diese Widersinnlichkeit um so grosser in die Erscheinung, als sie von den Unternehmen einseitig verwaltet werden, während in der Invalidenversicherung der Arbeiter auch bei der Rentenfestsetzung in bescheidenem Maße mitzuwirken hat, durch die von ihm auf indirektem Wege gewählten Arbeitervertreter bei der unteren Verwaltungsbehörde — die die Rentenprüfungen unter bestimmten Voraussetzungen zu begutachten hat — und im Vorstande der Landesversicherungsanstalt. Die Beweise aber beschafft sich beide Versicherungssträger, also die Verpflichteten, mit Hilfe der öffentlichen Gewalten.

Zässt dieser Zustand schon bestwegen auf die Dauer unhaltbar ist, weil das Rechtsempfinden sich dagegen ausbaut, ist doch nicht zu bestreiten. Hinzu kommt aber noch der Umstand, dass die Versicherungsordnung eine Beseitigung des Rechtsrechtes an das Reichsversicherungsamt vor sieht. Dass das Reichsversicherungsamt entlastet werden muss, sieht jeder Einsichtige ein. Schon im Interesse einer gründlichen Rechtsprechung ist das notwendig. Deshalb wird man unseres Erachtens an einer Beschränkung, nicht Beseitigung des Rechtsrechtes, nicht vorbeikommen können. Dann verbliebe aber, wenn das Rentenfestsetzungsvorfahren wie bisher bleiben sollte, in vielen Fällen eine objektive Instanz zur Entscheidung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Verpflichteten und Berechtigten. Das wäre wieder ein Ausnahmestand in unserem Rechtsleben. Denn zwielobige Instanzen (Gerichte) kann man in Streitsachen zwischen Verpflichteten und Berechtigten im bürgerlichen Leben immer anrufen. Auch die Berufsgenossenschaften müssen sich doch sagen, dass, wenn man hier von zu ihren Gunsten abweiche, das Rechtsempfinden einen starken Stoß erleiden würde. Es kann aber auch dem Arbeitgeber nicht gleichgültig sein, wenn der Arbeiter durch eine solche augenscheinliche Rechtsungleichheit verbittert würde.

### Gemeinschaftliches.

#### Die „Metallarbeiter-Zeitung“ als Beschützerin des Terrorismus.

In ihrer letzten Nummer berichtet die „Metallarbeiterzeitung“ über den Ausgang der Berufungsverhandlung in der Privatlage der Genossen Wüst und Frech (Erlangen) gegen unsern Redakteur Kollegen Bergmann (Duisburg), wobei es ohne Seitenhiebe gegen letzteren nicht geht, während das berücksichtige Treiben der genannten Genossen, das die Ursache zu diesem Prozess abgab, mit „brüderlicher“ Liebe schonend zugegeben wird. Das war recht unvorsichtig von dem sozialdemokratischen Blatt, denn trotz der kleinen gegen Bergmann verhängten Geldstrafe sind die Metallarbeiterzeitung und ihre Schützlinge Wüst und Frech die materiell und moralisch Berechteten in dieser Terrorismusgeschichte wie den daraus entstandenen Prozessen. Die Dreistigkeit des sozialdemokratischen Organs, die eigene Bloßstellung auch noch gegen uns auszuschlagen zu wollen, nötigt uns, den Sichverhalt nochmals kurz darzulegen.

Im Oktober 1908 wurde der christlich organisierte Metallarbeiter Schön in einem Betrieb in Erlangen von sozialdemokratischen Verhändlern aller Freiheit und Brüderlichkeit zum Hohn in der berücksichtigen Weise schikaniert und brangsaliert. Als er sich diese „Brüderlichkeiten“ nicht so ohne weiteres dauernd gefallen lassen wollte, wurde er sogar noch fälschlich angegriffen und misshandelt. Dieses Treiben war um so berücksichtiger, als es sich gegen einen jährlingen alten Mann rückte. In einer vom Kollegen Krug (Stuttgart) eingesandten Korrespondenz wurde dieser Terrorismus in Nr. 45, Jahrgang 1908 unseres Organs nach Gebühr gebrandmarkt, gleichzeitig auch von dem misshandelten Kollegen Schön gegen die Hauptredaktion in diesem Trauerbiel die Genossen Friedrich Wüst und Eugen Frech, der gerichtliche Klagenweg beschritten. Das

Schöffengericht Erlangen verurteilte den Haupttäter Wüst am 8. Februar 1909 zu einer Geldstrafe von 25 Mk. und Tragung sämtlicher Kosten. Auf beiderseits eingelagte Berufung hin fällte das Reg. Landgericht Stuttgart am 31. März 1909 folgendes Urteil:

„Das Urteil des Reg. Schöffengerichts Erlangen wird hinsichtlich des Strafmales aufgehoben und der Angeklagte Wüst zu der Geldstrafe von 40 Mk. (statt 25 Mk.) und zur Tragung der Kosten des Berufungsverfahrens einschließlich der dem Privatläger Schön erwachsenen Auslagen verurteilt.“

Auch dieses Urteil war angesichts des rohen und gewalttätigen Terrorismus an einem 60jährigen Mitarbeiter noch ein äukerst milbes. Der moralisch traf es die Angeklagten um so schärfer, als ihr Verhalten durch die Gerichtsverhandlung aufs schärfste gebrandmarkt und an den Pranger gestellt wurde.

Trotz alledem brachte es die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung fertig, die gerichtlich festgestellten Terroristen vor wie nach zu verteidigen und den misshandelten christlichen Arbeiter auch noch zu verunglimpfen. Es wurde in dem sozialdemokratischen Blatt als minderwertiger Arbeiter und Puscher öffentlich heruntergemacht, während die Arbeitgeber beim Kollegen Schön das Gegenteil bestätigten. Für dieses mehr wie leichtfertige Umspringen mit der Ehre des Mitmenschen wurde der verantwortliche Redakteur der Metallarbeiterzeitung, Genosse Foh-Schaefer, von Schöffengericht zu Erlangen am 18. Januar 1909 zu 3½ Jahren Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Seiner wurde Publikation des Urteils im „Deutschen Metallarbeiter“ (Duisburg) und in der „Met.-Btg.“ (Stuttgart) vom Gericht angeordnet.

Mit diesen beiden Urteilen war der schmacbolle Terrorismus an dem 60jährigen Christlich organisierten Arbeiter weitestens im Prinzip gesühnt. Die Terroristen und ihre Beschützerin waren öffentlich als das gebrandmarkt, was sie in Wirklichkeit waren. Doch das wunderte sie und sie jammten auf Nach. Die Genossen Friedr. Wüst und Eugen Frech wurden von ihren Hintermännern im sozialdemokratischen Verband verauslagt, sich beleidigt zu fühlen und gegen unsern verantwortlichen Redakteur Bergmann Privatbelästigungsklage anzustrengen. Die zartbesaiteten, in ihrer Ehre so empfindlichen Verbündeter Wüst und Frech fanden diese angebliche Belästigung in der eingangs erwähnten Korrespondenz des Kollegen Krug, worin das Treiben von Wüst und Frech mit gebührender Schärfe kritisiert war. Wegen formaler Belästigung erkannte das Schöffengericht Erlangen am 24. Mai d. J. auf 10 Mk. Geldstrafe. Der dagegen eingelegten Berufung wurde nicht stattgegeben, sondern am 5. Oktober das erstinstanzliche Urteil bestätigt. Wer auch dieses Urteil ist eine militärische Waffe für die Privatläger Wüst und Frech und hätte ihrer Beschützerin, der „Met.-Btg.“, den Mund verschließen sollen, sie wäre dabei jedenfalls flüger geblieben und hätten ihren Schützlingen Wüst und Frech besser gedient. In der Urteilsbegründung des Landgerichts Stuttgart heißt es u. a. nämlich wörtlich:

„Die vom vorigen Gericht geschöpfte Strafe (zehn Mark Geldstrafe) erscheint dem Berufungsgericht angemessen. Sie ist mit Recht mild aus gefallen, weil die scharte Kritik gegenüber den Privatlägern durch deren rohes und gewalttägiges Vorgehen gegen das christliche Verbandsmitglied, Red. Schön, hervorgerufen war und weil der Angeklagte ein unbescholtener Mann ist.“

Wer ist nun der moralisch Verurteilte und öffentlich Geschädigte in diesem Prozess? Wüst und Bergmann, beim sonderbaren Weise der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches von beiden Gerichtsinstanzen verhagt und der infolgedessen wegen formaler Belästigung zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt wurde — oder die von ihren Hintermännern gehobenen Privatläger Wüst u. Frech, die sich ihr rohes und gewalttägiges Vorgehen gegen einen anderswohrenden Arbeiter nochmals und sogar doppelt vom Gericht bestätigen ließen?

Wenn wir das gerichtsgericht als rohes und gewalttägig bezeichnete Treiben der Genossen Friedr. Wüst und Eugen Frech hier nochmals aufrollen müssten, so mögen sich die beiden in puncto ihrer Ehre so drückst empfindlichen Herren dafür bei ihrer Beschützerin, der „Met.-Btg.“ in Stuttgart, freundlichst bedanken, die ihre verlorene Sache mit solch ungestümer Dreistigkeit vertreten hat. Und da die „Met.-Btg.“ durch ihre Verteidigung und Beschützerrolle diese Sache zu der ihrigen gemacht hat, ist sie die Hauptculpe und durch den Gang der Prozesse am schärfsten verurteilt. Sie und ihre Schützlinge vom Schlag der Wüst und Frech sind einander würdig.

### Fachabteilungsgesetz.

In seiner Nr. 22 reibt sich der Berl. „Arbeiter“, das Organ der katholischen Fachabteilungen wieder einmal an unserem Verbande. Er versucht seine Verdrehungskunst an einer Aussprache des Bezirksleiters Kollegen Buchner mit dem Werkdirektor Bergrat Bolz vom staatlichen Hüttentorwerk in Clausenthal, über welche in Nr. 15 unseres Verbandsorgans wie folgt berichtet wurde:

„In einer Aussprache mit dem Werkdirektor Herrn Bergrat Bolz wurde unserem Bezirksleiter am 15. März erklärt, dass keinem Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zum christlichen Metallarbeiterverband Schwierigkeiten gemacht werden dürfen; im Gegenteil wäre es seinem Menschen zu verdanken, wenn er sich organisiert, um auf diejenige Weise eine bessere Bezahlung u. dgl. zu erlangen.“

Hieran knüpft der „Arbeiter“ die Bemerkung: „Ja, ja! Der christliche Metallarbeiterverband von einem Hüttendirektor empfohlen.“ und macht noch einige ähnliche Randglossen dazu. Grade der „Arbeiter“ hat doch den allerwenigsten Grund, über diese Neuerung eines Werkdirektors zu spotten. Die Fachabteilungen sind ja nur auf die katholische Unterwürfigkeit nach oben aufgebaut und stehen wirtschaftlich mit den Gelben auf einer Stufe. Bei der Sicht, uns eins auszuzuwischen, übersteht das Fachabteilungsorgan, wie selbstverständlich die Worte des katholischen Leiters sind, „Ja, ja! dass gelegentlich gewährte freie Stelle des Arbeiters sich zu organisierte

zen, und wenn ein Staatsbeamter dieser Selbstverständlichkeit Ausdruck gibt, können nur Facharbeiter sich darüber wundern, und derartige Schlussfolgerungen baran knüpfen, wie der „Arbeiter“ das getan hat. Anscheinend ist es bläser Reib der hier beim „Arbeiter“ mitspielt, denn bei seiner bekannten „Arbeiterfreundlichkeit“ hätte er es jedenfalls lieber gesehen, wenn der Hüttendirektor den Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Sozialrechte verblümert hätte.

Dasselbe mag auch der S.-D. „Westf. Post“ in Düsseldorf gesagt sein, die den abgenagten Knochen dem Berliner „Arbeiter“ sofort streitig gemacht und dessen kubisches Gestammel nachgeplappert hat. Diesem geistesarmen Blättchen ist rein nichts zu tun, wenn es nur gegen die Christlichen geht.

### Religion ist Privatsache.

Zur Illustration dieses sozialdemokratischen Programmsatzes diene wieder folgender Fall: Ein Obergenosse von Breslau, der Gewerkschaftsbeamte P., hat vor einiger Zeit geheiratet. Obwohl er selbst Dissident ist, ließ er sich doch kirchlich trauen. Dies war selbstverständlich in den Augen eines jeden maschten Genossen und „freien“ Gewerkschaftlers ein Verbrechen. Darum wurde auch in der nächsten Sitzung des roten Gewerkschaftsrates zu Breslau über den Genossen P. zu Gericht gesessen. Ein Mitglied des Kartells (Metallarbeiter) stellte den Antrag, dem Genossen P. sollte sein Amt gekündigt werden, denn als Gewerkschaftsbeamter und noch dazu als Dissident dürfe er nicht seiner Frau so weit entgegenkommen, sich kirchlich trauen zu lassen. Das sei eines Genossen unwürdig.

Genosse P. wartete aber das Urteil des Gewerkschaftsrates nicht erst ab, sondern reichte selbst seine Kündigung ein mit dem Bemerkung: er besitze nicht mehr das Vertrauen der Kollegen. Also auch den „freien Gewerkschaftlern“ ist der sozialdemokratische Grundsatz „Religion ist Privatsache“ so heilig, daß sie ihres Beamten wegen der kirchlichen Traurung aus dem Brot bringen. Trotz alledem aber dürften die Agitatoren aus dem roten Lager kaum erröten, wenn sie demnächst wieder hinausgehen und religiöse Neutralität heucheln, um christliche Arbeiter in ihre Reie zu locken.

### Drei sozialdemokratische Lügen.

Von angeblichen drei christlichen „Heldenaten“, die der Zentralverband christlicher Lederarbeiter an mehreren Orten verläßt haben sollte, wurde kürzlich wieder einmal die ganze sozialdemokratische Presse ihren Lesern etwas vorzuschwindeln. In Pforzheim sollen bei der Firma Nebenstein bei ausgetrockneten Differenzen die Christlichen nicht nur nicht mitgetan, das dortige christliche Gewerkschaftsrat soll sogar Herrn Nebenstein Arbeitskräfte besorgt haben. Zur näheren Klärung des obigen Falles sei angeführt, daß bei der Firma Blum in Pforzheim ein Mitglied des christlichen Verbandes in Arbeit trat, dem kurz darauf ein weiteres folgte. In dieser Werkstatt arbeiteten bis dahin nur Genossen, deren nächste Aufgabe es war, die neu eingestellten Christlichen zum Uebertritt in den roten Verband zu bewegen. Als letzteres nicht gelang, wollten die Genossen bei den Arbeitgebern die Forderung auf Entlassung der beiden Christlichen stellen. Die Mitglieder des christlichen Lederarbeiterverbandes verließen aber die zukunftsstaatlich-gottfreudliche Arbeitsstätte und erhielten bei der eingangs genannten Firma Nebenstein Arbeit, wo kurz vorher zwei Genossen entlassen waren. Auch bei dieser Firma waren bis dahin nur Genossen beschäftigt. Die Entlassung geschah aus dem Grunde, weil sie sich weigerten, die ihnen zugewiesene Arbeit zu machen. Es gab weder Differenzen noch Streit, noch sonst etwas und es kann infolgedessen auch keine Streitbrecher gegeben haben.

In Sonnenburg stand im Frühjahr eine Lohnbewegung der Schuhmacher statt. Wenn die sozialdemokratische Presse heute darüber schreibt, die Christlichen hätten gegenüber den Meistern erlaßt, man könne mit dem alten Tarif aufrücken, und sie (die Meister) würden den Tarif mit unterzeichnen, mit dem Bezahlten brauchten sie es nicht so genau zu nehmen, so ist dies puren Schwindel. Lohnforderungen stellen und in Streit treten und dann den Arbeitgebern erläutern, der Lohn sei ganz gut usw., dazu mögen die Genossen fähig sein, die christlichen Arbeiter aber nicht. Die nahmen es ernst und socht mit der Bewegung. Tatsache ist, daß eine Anzahl Arbeitgeber den nach 14-tägigem Streit etwas reduzierte Lohnsätze annahmen, und das über diejenigen Fitmen, die nicht bewilligt, christlicherseits die Sperrre verhängt wurde. Wer gerade im letztere haben sich die Genossen nicht gefehlt. Heute liegen in Konstanz die Dinge so, daß zwar die Genossen von ihren bedeutend höheren Lohnforderungen nicht zurückgegangen sind, die Sperrre nicht mitgemacht, dafür aber führen sie in den ehemals von Christlichen besetzten Werkstätten und befürchten nicht einmal den Tarif bezahlt.

Leider die Sperrre von Hechingen u. Stetten ist eine Widerlegung absolut nicht am Platze. Seitens des christlichen Verbandes ist nichts geschehen, was gegen die Sperrre verstoßen hätte. Wenn sonst jemand in Hechingen um Arbeit nachfragte, könnten wir als Verband doch nicht verantwortlich gemacht werden. Lebrigens wird in Hechingen erzählt, daß die Genossen trotz der Sperrre dort schon angeworben hätten. Wenn letzteres wahr ist, dann täten die Genossen besser, vor der eigenen Tür zu feiern. Im übrigen ist es deuzigmend und für den Besitzer äußerst wichtig, zu wissen, was der Genossenrat, dessen Urheber mit aller Bestimmtheit in Stuttgart zu suchen ist, in der sozialdemokratischen Presse „sozialdemokratisches Programm“ erarbeitet hat. Zum „sozialdemokratischen Programm“ traut sich nicht, die Vormitte zu veröffentlichen. Dafür aber tut die übrige sozialdemokratische Presse um so energischer für Verbreitung des Schwundels ein. Mögen die Besitzer die weiteren Schäfte daraus selber ziehen,

### Aus dem Unternehmer-Lager.

#### Gründung eines Schmiedemeisterverbandes für das Saargebiet.

In Trier tagte am 19. Sept. eine von der Schmiedeunion in Trier einberufene Versammlung. Herr Obermeister Rüdbaum referierte über das Schmiedehandwerk einst und jetzt. Nach einem Bericht der Deutschen Arbeitgeberzeitung führte er u. a. folgendes aus:

Früher, als man noch keine Eisenbahnen u. Dampfschiffe kannte, als der Schiffsverkehr auf Mosel und Saar noch durch Häfler bewirtschaftet, überhaupt für den den gesamten Personen- und Güterverkehr auf dem Lande Pferde in Anspruch genommen wurden, waren für das Schmiedehandwerk noch goldene Zeiten. Heute ist das anders geworden. Die Schmiedearbeit wird immer mehr in den Hintergrund gebracht durch die Konkurrenz der Fabriken und mancher ehrsame Schmiedemeister weiß sich trockenen Fleisches kaum Rat, wie er seine Familie durchbringen soll. Es gibt nur ein Mittel, bessere Verhältnisse zu erzielen, und das wäre der Zusammenschluß in einem größeren Verbande. Durch den gemeinschaftlichen Bezug der Rohstoffe — um nur einen der vielen Vorteile eines Zusammenschlusses zu erwähnen — würde dem einzelnen Meister schon ein bedeutender Gewinn zugesichert werden können. Herr Rüdbaum empfahl die Gründung eines Verbandes für den Handwerkskammerbezirk und schloß seine Ansprechungen mit dem Wunsche: „Gott segne das ehrebare Handwerk.“

Nach eingehender Diskussion beschloß die Versammlung einstimmig die Gründung eines Bezirksverbandes für das Schmiedehandwerk der Mosel-, Saar- und Nahegegend, den Hochwald und der Eifel, sowie für das Fürstentum Birkenfeld. Er hat seinen Sitz in Trier und umfaßt den Handwerkskammerbezirk Saarbrücken. Der Verband bezweckt die Vertretung der gemeinschaftlichen Verbandsinteressen. Dem Verbande innen sowohl einzelne, selbständige Meister als auch Körperschaften beitreten. Jede Innung oder Gewerbeverein bezahlt pro Mitglied einen jährlichen Beitrag von 40 Pf., ein Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Neben Einzelmitglied zahlt je 1 Mark Eintrittsgeld und Jahresbeitrag. Jährlich finden zwei Versammlungen statt.

Zu richtiger Erkenntnis ihrer Lage haben hier die Schmiedemeister zu dem Mittel gegriffen, das ihnen eine wirkame Interessenvertretung ermöglicht. Noch viel mehr hätten es aber die Schmiedemeister nötig, sich zu organisieren. Wie die Erfahrung lehrt, zweitens es bei den Arbeitgeberverbänden nicht nur bei der Wahrung ihrer Vorteile durch gemeinsamen Bezug der Rohstoffe usw., sondern oft wird dadurch ein Druck auf die Gesellen und Arbeiter ausgeübt, um auch da mehr „Vorteile“ heranzubringen. Schmiedemeister, jetzt ist es an der Zeit, Eich anzutragen und durch die Organisation eure Interessen zu wahren. Wenn die Meister es für notwendig finden, sich zu organisieren, ist es für die Gesellen doppelt notwendig im Interesse der Gesichertheit.

### Streiks und Lohnbewegungen.

#### Zur Bewegung der Edelmetallindustrie-arbeiter in Hanau usw.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ befaßt sich in ihrer letzten Nummer mit unserer Stellungnahme zu dem Abschluß der Bewegung in Hanau in einer Art und Weise, daß wir noch kurz darauf erwidern müssen. Sie behauptet einleitend, „die Christlichen hätten gar zu gerne auch bei dieser Bewegung wieder im trüben gefischt“. Was soll diese dumme Redensart nun heißen? Nein, die Christlichen haben garnicht daran gedacht, im trüben zu fischen — die „Metzg.“ scheint alles nach der sozialdemokratischen Regel zu beurteilen — sondern sie wollten nur bei den Verhandlungen zugegen sein, um die Interessen der christlichen Verbandsmitglieder wahrnehmen zu können.

Zur sozialdemokratischen Verbandsorgane versucht den Tatbestand auch insoweit zu verschleiern, als es nur von der Hanauer Bewegung und der dort vorhandenen geringen Mitgliederzahl des christlichen Verbandes redet. In Wirklichkeit hat es sich bei den Verhandlungen aber nicht allein um die Verhältnisse in Hanau, sondern um die Edelmetallindustrie in Schw. Gmünd, Pforzheim und Oberstein gehandelt. Und in diesen Orten sind zusammen etwa 1400 Arbeiter im christlichen Metallarbeiterverband organisiert. Ein solche erhebliche Minderheit mit der brutalen Gewalt der zahlenmäßigen Majorität auszuschalten, ist ebenso wenig „brüderlich“ wie im Interesse der Gesamtarbeitschaft gehandelt.

Das Unternehmertum sieht die Zersplitterung und Uneinigkeit der Arbeiter und wird diesen wichtigen Umstand bei seinen Maßnahmen, in erster Linie bei den Zugeständnissen an die Arbeiter in Rechnung zu stellen wissen. Und glauben denn die sozialdemokratischen Führer im Ernst, daß sie z. B. in Schw. Gmünd, wo allein circa 1000 christlich organisierte Gold- und Silberarbeiter sind, Tarifverträge oder sonstige Vereinbarungen einzulegen oder gar gegen den christlichen Verband durchzuführen könnten? Muß diese Perspektive gemischt unterstellt nicht zu dem Versuch reizen, die getroffenen Vereinbarungen zu umgehen und Schutzkonkurrenz zu treiben? Mit der Antwort auf diese Fragen ist auch die Aussicht der „Metzg.“ mir vollständig offen und richtig liegen; infolfern denn

das Arbeiterinteresse durch diese „Zersplitterungstaktik“ (der freien Verbandsführer) gefährdet würde, hinlanglich beansprucht, von dem ersten Argument, daß die Unternehmer die Uneinigkeit der Arbeiter weidlich auszunutzen verstehen, gänzlich abgesehen.

Und so bleibt die Tatsache unverändert bestehen, daß die unduldsame Herrschaft der Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und ihre Zersplitterungstaktik eine Gefahr und schwere Schädigung der Arbeiterinteressen bedeutet.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, ansonsten fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Machen.** In der Gießerei der Firma Wunderheide sind Differenzen ausgebrochen.

**Hamm (Westf.).** Die Maschinenformer der Firma Westf. Herd- und Ofenfabrik reichten wegen Akkordabzügen die Klindigung ein. Zugang von Formern und Gießereiarbeitern ist fernzuhalten.

**Sattingen.** Über die Eisengießerei der Heinrichshütte ist die Sperrre verhängt.

**Öhligs.** Auf dem Eisen- und Stahlwerk stehen die Arbeiter im Streik wegen Lohnabzug.

**Zugang ist fernzuhalten.**

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 7. November 1909 der fünfundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 14. November fällig.

**Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.** Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einzügigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahnstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

**Die Abrechnung vom 3. Quartal sollte bis Ende Oktober von allen Ortsgruppen erfolgt sein.** Trotz der wiederholten Aufrüttungen im Verbandsorgan waren bis Redaktionsschluß nachfolgende Ortsgruppen im Rückstand: Ahlen, Alme, Bünde, Beverungen, Brakel, Bruchsal, Chemnitz, Clausthal, Commercy, Dortmund, Düren, Elbing, Eschweiler, Eupen, Freiburg, Fulda, Furtwangen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Göttingen, Hagen i. W., Heggen, Irlich, Kallendorf, Konstanz, Königshuld, Landau, Lauterbach, Leverkusen, Leichlingen, Leipzig, Magdeburg, Marktredwitz, Menden, Neisse, Neumarkt, Neustadt, in Schles., Nied. Elsloo, Oberkirch, Öhligs, Oberursel, Oppeln, Papenburg, Peine, Radevormwald, Rastatt, Remscheid, Rheinfelden, Richrath, Röhe, Einsheim, Schweinfurt, Schwenningen, Straßburg, Stuttgart, Teublitz, Theresienhütte, St. Tönis, Viersen, Wesseling, Weißenhammer, Wiesbaden, Worms, Greiz, Goch, Euskirchen, Kreuztal, Forst.

**Die Bezirksleitungen werden erfüllt, für umgehende Abrechnung der in ihrem Bezirk befindlichen Gruppen zu sorgen.**

### Auß dem Verbandsgebiet.

**Unterkochen.** So still und friedlich unser Industrieort zwischen den Bergen der rauhen Alp liegt, so still scheint es auch mit dem Verbandsleben geworden zu sein. Fast ist man verführt, zu glauben, es sei dem so, wenn man das Organ durchmischt. Seit dem Abschluß der Kettenfahrdarbietung findet sich für den aufmerksamen Leser nur ab und zu im Vereinskalender die Anzeige einer Versammlung, also ein Zeichen, daß noch nicht alles still geworden. Die alten und treuen Kollegen, welche den Samen gelegt, sie harren aus, wohl bewußt, daß ihre zähe Ausdauer und unentwegte Arbeit früher oder später gute Früchte zeitigt. Der große Teil der Kettenfahrdarbietung ist jedoch wieder in den früheren tiefen Schlaf zurückgesunken. Der Wein hat gegoren, still und ruhig erwacht er seines Sores, möchte man glauben, doch so ist es nicht. Sonntags mittags bis spät in die Nacht hinein wird gejantiert und gellagt hinterm „Schoppenhaus“, auch auf der Openair, über die schlechten Verhältnisse. Die ganz Säulen darunter bringen es noch über sich, den Verband anzuklagen, weil seit der Bewegung die großen Firmen sich organisiert hätten und nun die Arbeiter ihre Macht durchsetzen müssen. Statt nachzuhören, was die Arbeitgeber vorgemacht, erschöpft man die ganze Geisteskraft in Klagen und Jammer. Wo in aller Welt hat sich die Lage eines Standes materiell wie kulturell ohne große Opfer gehoben? Die Bauern müssen ihren angeborenen Geist auspolieren, um durch die geschäftsfreudige Saitze die Fortschritte ihres Standes zu fördern. Die hand-

werkmeister müssen, ob sie wollen oder nicht, bei erhebten  
Berufsstolz bezähmen, nur durch gemeinsames Vorgehen  
den ganzen Handwerkerstand vor dem Untergang zu be-  
wahren. Die Arbeitgeber bleiben auch nicht zurück, sie  
lassen ihren Arbeitern ihre Überlegenheit aufs nachdrück-  
lichste fühlen. Nur der Arbeiter als der schwächste Teil,  
der des Zusammenschlusses am bringendsten bedarf, er soll  
zurückstehen? Nein und abermals nein, ein Familienvater  
und ein vernünftig denkender Arbeiter spricht anders; er  
sagt, es ist eine strenge Pflicht, mich mit den andern Neben-  
arbeitern zu verbünden. Bei den Kettenfächnieden ist und  
war es allerdings so, im ersten Sturm sollte der Sieg  
schon erfochten sein, als ob nicht die Geschichte aller Zeiten  
uns Lehren würde, daß erst durch zähe und nie rastende  
Arbeit und Kämpfe der Sieg einer Sache erfochten wurde.  
Der gärende Wein vermag wohl das Fäss zu sprengen,  
doch nie wird er dann zur Wohltat für die Menschheit,  
erst wenn er gegoren und ruhig geworden, erfüllt er,  
was ihm von Natur aus bestimmt. Wie oft schon legte man  
den Kettenfächnieden dar, daß Mühstände, die sich seit Jahr-  
zehnten in einem Gewerbe eingerichtet haben, sich nicht auf  
einmal aus der Welt schaffen lassen. Wie wenig be-  
achtete der größere Teil der Kettenfächne die dieses Moment,  
zu ihrem größten Schaden. Unterdessen nützen die Arbeit-  
geber die Situation weitschlächtig aus, die Arbeiter klagen und  
jammern und die Arbeitgeber arbeiten und lachen.

zamieren und die Arbeitgeber arbeiten und lachen. In diesem Zusammenhang verdient auch ein in Wahlen umlaufendes Gericht Erwähnung. Bekanntlich versuchte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, bei Schäden des Schlachtfelbes gleich, aus dem Ausgang der Ketten-schmiedebewegung Kapital für sich zu schlagen. Dabei schreckte man selbst vor den schärfsten Mitteln nicht zurück. Gelegenheit, zu zeigen, daß man es besser könne, als die Christlichen, war den Genossen dieser Tage auf den Malwerken (Vileger u. Co.) geboten. Nach dem Bericht der „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 89 bestehen auf jenem Werk verschiedene Missstände, deren baldige Beseitigung im Interesse der Arbeiterschaft gelegen ist. Nun hat das Werk auf Grund jenes Berichtes mehrere Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gemahngestellt. Dagegen sollte in einer von diesem Verband einberufenen Protestsversammlung Stellung genommen werden. Der Versammlung wohnten auch Vertreter der Firma bei, die die Erklärung abgaben, man wolle mit dem Verband verhandeln. Seid jener Versammlung ist im Genossenlager jedoch alles still und ruhig geworden. Unter der Arbeiterschaft der Malwerke tritt trotz Ableugnens der Genossen das bestimmte Gericht auf, der sozialdemokratische Verband habe sich bei dieser Bewegung bis über die Ohren blamieren. Statt den Christlichen in Wahlen und Umgebung Gelegenheit zu geben, die gloriose Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Partei zu beweisen, schleicht man von bauen, wie der Fuchs, dem die Eichen zu hoch gehängt. Die Arbeiter, sowohl von Unterlochen als von Wahlen, mögen dorcas die richtige Nutzanwendung ziehen. Nicht mit unerfüllbaren Versprechungen tritt der christliche Metallarbeiterverband an die Arbeiterschaft heran, in zielbewußter und selbstloser Arbeit sucht er seinen Aufgaben gerecht zu werden; die gesunde Finanzgebarung verbürgt uns zugleich den Erfolg. Darum, christliche Metallarbeiter, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

**Köln.** „Die Widersprüche in der deutschen Sozialdemokratie“, so lautete das Thema, über das unser Bezirksleiter Kollege Schmidt in unserer Mitgliederversammlung am 25. Oktober referierte. Die Versammlung war ziemlich gut besucht; mögen sich die fehlenden Kollegen das gute Vorbild nehmen. Einleitend führte Kollege Schmidt aus, daß bereits seit längerer Zeit zwei Richtungen in der sozialdemokratischen Partei vorhanden sind. Der Gegensatz zwischen beiden Richtungen ist ganz besonders auf dem Parteitag in Dresden zum Durchbruch gekommen, wo die Größterungen vielfach den sachlichen Boden verlassen haben und zum persönlichen Angriff geworfen sind. Stedner ist überzeugt, wenn erst der „Verstand der Massen“ überwunden ist, daß die Sozialdemokratie das schlechteste Geschäft dabei macht, dann wird die Wahl der Mitglieder ganz gewaltig zusammenbrechen.

Die Grundlage für das sozialdemokratische Programm bildet die materialistische Geschichtsauffassung. Dieselbe lehrt, daß das ganze Weltall nur Materie, mit Stoff sei, entstanden durch allmählich natürliche Entwicklung. Sie stellt sich damit in direkten Gegensatz zur christlichen Weltanschauung, welche einen überirdischen Schöpfer und Vater anerkennt. Was bedeutet die materialistische Geschichtsauffassung für den Arbeiter? Wie in der Natur jedes stärkere Lebewesen die schwächeren zur Befriedigung seiner Bedürfnisse rücksichtslos unterdrückt, so müßte auch der Arbeitervstand als der wirtschaftlich Schwächere, nach den sozialistischen Lehren, die Unterdrückung als selbstverständlich, weil in der Entwicklung begründet, hinnehmen. Der aus dieser Auffassung sich ergebende Klassenkampf kann aber niemals Freiheit, sondern nur Knechtshaft für den unterliegenden Teil bringen.

Wir als Anhänger der christlichen Weltanschauung verwerfen deshalb den Klassenkampf grundsätzlich: wir verlangen Gleichberechtigung mit den übrigen Ständen, Einordnung des vierten Standes als gleichberechtigten Faktor in die menschliche Gesellschaft. Wir wollen nicht, wie die heutige Sozialdemokratie, die ganze Gesellschaftsordnung stützen, sondern wir verlangen, daß die Arbeiterschaft von den andern Ständen als gleichberechtigter Faktor in wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Hinsicht behandelt wird. Auch die wissenschaftliche Unterlage des Marxismus, die Lehre von der Konzentration der Produktionsmittel, sowie von der Verelendung der Massen, sind durch die Entwicklung längst widerlegt, wie der Referent zahlermäßig nachweist. Trotzdem aber will eine Richtung in der Sozialdemokratie nicht von diesen Lehrsätzen abgehen. Der Kapitalismus will durch die Verelendung der Massen die Arbeiterschaft zur Empörung bringen und dadurch die gegenwärtige Gesellschaftsordnung gewaltsam sprengen. Eine wirtschaftlich gut gestellte Arbeiterschaft wird aber niemals zu einer Revolution zu haben sein, noch less auch diese Richtung

Eine andere Stellung nimmt hierin der Revisionismus ein; ihm ist die Bewegung alles, das Endziel nichts! Deshalb sucht er auch, entgegen der radikalen Richtung, durch angebliche Gegenwartsarbeit die Leute zu gewinnen, um sie so allmählich in die Ideen des Zukunftstaates einzuführen. Diese Richtung ist für den unerfahreneren M

heiter unbedingt gefährlicher, weil sie es besser versteht, den wahren Charakter des Sozialismus zu verschleiern. Wenn auch diese beiden Richtungen schon die heftigsten Kämpfe innerhalb ihrer Partei verursachten, so sind sie doch beide von uns abzulehnen. Denn die Grundpostulate: Materialistische Gesichtsauffassung, die Ziele: Beseitigung der heutigen Gesellschaftsform, selbst die Mittel: Klassenkampf, sind die gleichen. Nur der Weg, der zu diesen Zielen führen soll, unterscheidet sich von einander. Deshalb müssen wir christlichen Arbeiter alles daran setzen, durch unermüdliche Werbearbeit immer mehr Anhänger zu gewinnen, damit die höchsten Ideale der menschlichen Gesellschaft: Religion und Sittlichkeit, erhalten bleiben. Dadurch wird unser Ziel, die Gleichberechtigung des Arbeitersstandes, erreicht.

Die Firma, welche gespielt hat, soll nicht untersucht werden. Der Kranken verlangte nun die Nachuntersuchungskommission vorgelesen zu werden. Die Untersuchung dieser Kommission, welche einschließlich Aus- und Unterkochen keine 10 Minuten dauerte, endete mit demselben Resultat: Der Kranken wurde für arbeitsfähig erklärt. Da aber alle diese Erklärungen den Arbeiter nicht gesund machen konnten, auch nicht gesund gemacht hatten, verlangte er neuerdings einen Krankenschein. Die Firma, welche diesen Schein nicht verteilen konnte, verneigte auf demselben, der Arbeiter sei nicht mehr bei der Firma beschäftigt. Ob diese Vermerkung etwas mit der Krankheit zu tun hatte, oder was die Firma damit sagen wollte, kann unerklärt bleiben. Der Arzt, welcher nun den Kranken einer gründlichen Untersuchung unterzog, stellte wiederum die Arbeitsunfähigkeit

Reicher Beifall lohnte die Aufführungen des Redners. Nach einer sehr lebhaften Diskussion wurde noch beschlossen, von nun ab die Versammlungen nicht mehr in der Glashausfalle, sondern im Restaurant „Zur Grunewald“ Ecke Ehren- und Knobelsdorffstraße abzuhalten.

Kollegen! Zu richtiger Konsequenz der Ausschüttungen gilt es nun, mit verdoppelter Kraft für unsere Bewegung einzutreten. Soll die Arbeiterschaft nicht weiter durch die Phrasen der Sozialdemokratie irrgesführt werden, müssen alle ruhig und verständig denkenden Arbeiter zusammenhalten, um die gesunden Grundsätze unserer Gewerkschaftsbewegung in noch größerem Maße bekannt zu machen. Kollegen von Köln, auf zur ruhigen Agitation!

Eins aber zeigt uns dieser Fall: Trotz der Zweidrittelmehrheit im Vorstand haben die Arbeiter in den Betriebskranenkassen sehr wenig zu sagen. Soll das anders werden, dann müssen die Arbeiter sich mehr wie selten zusammen schließen. So wenig wie sonst überall wird man dem Arbeiter auch in den Betriebskranenkassen sein Recht einräumen, wenn er nicht seine anderen Kollegen im Rücken hat. Hier kann nur die Organisation bemüht schaffen. Darum, ihr Metallarbeiter, hinein in

**Darmstadt.** In einer außerordentlichen Kartellversammlung am 6. Oktober referierte Kollege Wesp über „Die Bedeutung der Selbsthilfe der arbeitenden Stände“. Der Referent erläuterte den zahlreichen erschienenen Kollegen die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation im Verhältnis zum Staat, der Industrie und gesamten Arbeiterschaft.

Der Staat hat ein Interesse daran, daß die Arbeiterchaft in geordneten, wirtschaftlichen Verhältnissen ihrer Beruf ausüben kann, ohne daß die Gesundheit des einzelnen Arbeiters und die Wohlfahrt der Familie darunter leidet. Auf einen gesunden kräftigen Arbeiterstand beruht der Wohlstand des gesamten Volkes. Soll aber der Arbeiter gesund und kräftig bleiben, so ist vor allem notwendig, daß die Verhältnisse in den Betrieben den gesundheitlichen Anforderungen entsprechen. Dazu gehört aber auch eine kräftige, ausreichende Ernährung, um die durch die Arbeit verbrauchte Kraft zu ersetzen. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn der Arbeiter einen den Lebensverhältnissen entsprechenden Lohn erhält. Durch die gewerkschaftliche Organisation sucht der Arbeiter alles das, was zur Erziehung und Erhaltung eines kräftigen Arbeiters notwendig ist, zu erlangen. Wenn demgegenüber in verschiedenen Gesellschaftsräumen die Unzucht vorhanden ist, daß durch die gewerkschaftliche Organisation der Staat gefährdet werde, so ist dies, so weit die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen, energisch zurückzuweisen.

Das gleiche Interesse an einen gesunden Arbeiterstand wie der Staat hat aber auch die Industrie. Es ist ein Triumf, wenn gesagt wird, durch die Forderung bet Arbeit auf Verkürzung der Arbeitszeit, höhere Löhne und ausreichenden Schutz von Leben und Gesundheit werde die Entwicklung der Industrie gehemmt. Die Erfahrung lehrt, dass die Industrien am weitesten vorankommen, die über einen geistig und körperlich hochstehenden Arbeiterstand verfügen. Nicht der schlecht bezahlte Arbeiter, dessen Leistungsfähigkeit in kurzer Zeit aufgebraucht ist, bringt der Industrie den größten Nutzen, sondern der gut bezahlte, der imstande ist, die im Laufe der Jahre gesammelten Erkenntnisse möglichst lange in den Dienst der Industrie zu stellen.

Nachdem aber der größere Teil der Unternehmter in Verkenntung dieser Tatsachen energisch gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften ankämpft, ist es für die Arbeiter als die wirtschaftlich Schwächeren selbstverständlich, daß sie sich in Berufsorganisationen zusammenschließen, um dadurch können sie ihre Rechte gegenüber den strammt organisierten Unternehmern mit Erfolg wahrnehmen. Einzeln vermag der Arbeiter nichts zu erreichen, zusammen geschlossen in der Organisation bildet er als ein einheitliches Ganzes eine Macht, mit der die Unternehmter rechnen

mit weiteren behandelte Redner noch den Unterschied zwischen unsren Gewerkschaften und den sogenannten gelben Verbänden. Diese Verbände seien zur Bekämpfung der sozialen Gewerkschaften von den Unternehmern gegründet, um den Arbeitern bei den Bewegungen und Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Nüden zu helfen. Dadurch seien sie nicht nur ein Schaden für die Arbeiterchaft, sondern auch für die Industrie. Mit einem Appell an die Anwesenden, alles daran zu setzen, um unsere sozialistische Gewerkschaftsbewegung vorwärts zu bringen, schloß der Redner seinen lehrreichen Vortrag, wofür ihm reicher Beifall zu Teil wurde.

Eine rege Diskussion schloß sich an den Vortrag an. Auf Antrag des Kollegen Wesp wurde eine Sammlung für die Opfer des Streites in Badisch-Rheinfelden veranstaltet, die eine ansehnliche Summe ergab. Hierauf schloß Kolleg

Nun aber noch ein Wort an die Metallarbeiter von Darmstadt. Kollegen, wollt Ihr, daß Besserung in den Betriebsverhältnissen eintrete, dann schließt Euch dem christlichen Metallarbeiterverband an!

Düsseldorf. Wie Betriebskonflikten mitunter zwischen Arbeitern umspringen, lehrt folgender Fall: Der hiesigen Firma Malmö die meldete ein Arbeiter dem Meister, daß er sich krank fühlte. Der Meister erachtet den Arbeiter, doch nach die eilige Arbeit, in welcher der Arbeiter gerade beschäftigt ist, fertig zu machen. Der Arbeiter glaubt im Interesse der Firma, bei der er zirka 5 Jahre beschäftigt ist, dem Wunsche des Meisters nachkommen zu wollen und verrichtet die Arbeit trotz seiner Krankheit. Zum Dank dafür wurde ihm drei Tage nachher gekündigt. Selbstredend mußte nun der Arbeiter, ehe er anderer Arbeit suchen könnte, seinen traurigen Körper luxieren. Der Arzt, in dessen Behandlung er sich begab, schrieb ihn krank und arbeitsunfähig. Noch am 5. Oktober teilte der Arzt seine Befürchtungen mit, daß er herzleidend sei. Mittlerweile

Um 8. Oktober erhöhte der Arzt zum Patienten, der ihm arbeitsfähig schreibt, die Krankenfalle auf 1000. Sein Arzt. Gründungsmitglied. Oh das Telefon bringt

eine Kasse gespielt hat, soll nicht untersucht werden. Der Kranke verlangte nun der Nachuntersuchungskommission vorgeleistet zu werden. Die Untersuchung dieser Kommission, welche einschließlich Aus- und Unterrichten keine 10 Minuten dauerte, endete mit demselben Resultat: Der Kranke wurde für arbeitsfähig erklärt. Da aber alle diese Erklärungen den Arbeiter nicht gesund machen konnten, auch nicht gesund gemacht hatten, verlangte er neuerdings einen Krankenschein. Die Firma, welche diesen Schein nicht vertheilern konnte, verneigte auf demselben, der Arbeiter sei nicht mehr bei der Firma beschäftigt. Ob diese Vermerkung etwas mit der Krankheit zu tun hatte, oder was die Firma damit sagen wollte, kann unerklärt bleiben. Der Arzt, welcher nun den Kranken einer gründlichen Untersuchung unterzog, stellte wiederum die Arbeitsunfähigkeit desselben fest. Somit ist er nun doch nach langen Zeitspannen und Betren in den Genuss seiner Rechte gekommen. Ob die Kasse noch weitere Schmerzigkeiten macht, muss abgewartet werden.

Eins aber zeigt uns dieser Fall: Trotz der Zweibrüderlichkeit im Vorstand haben die Arbeiter in den Betriebskantinenassen sehr wenig zu sagen. Soll das anders werden, dann müssen die Arbeiter sich mehr wie selten zusammen schließen. So wenig wie sonst überall wird man dem Arbeiter auch in den Betriebskantinenassen sein Recht einzuräumen, wenn er nicht seine anderen Kollegen im Rücken hat. Hier kann nur die Organisation Stellung schaffen. Darum, ist Metallarbeiter, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Landsberg. (Wahern). In unserer Ortsgruppe herrschte bisher ein reges Leben. Die Stollegen beteiligten sich an den Versammlungen und kamen auch sonst ihren Pflichten als Verbandsmitglieder nach. Die herrschende Stolze scheint jedoch auch bei manchen unserer Mitglieder die durchaus verkehrte Meinung hervorgerufen zu haben, daß es jetzt weniger notwendig sei, sich am Verbandsleben zu beteiligen, als zu Zeiten der Hochkonjunktur. Allmählich läuft der Versammlungsbesuch ab, und darunter hatte selbstverständlich auch die Werbearbeit, die Agitation zu leiden. Hier muß Wandel geschafft werden, wenn nicht die Entwicklung der Ortsgruppe Schaden leiden soll.

Die Vorstandsschaft hatte aus diesem Grunde am 3. Oktober eine Monatsversammlung einberufen, in der Bezirksleiter Maßkla anwesend war und uns einen Vortrag hielt über die Gewerkschaftsaufgaben der neuesten Zeit. Erfreulicher Weise waren die Mitglieder und auch indifferente Kollegen in dieser Versammlung zahlreich erschienen. In fast einstündigem Vortrag schilderte Kollege Maßkla die Vortomnisse im Gewerkschaftsleben. Untrüpfend an dem Bericht standen die jüngste Entwicklung und der Werdegang der christlichen Gewerkschaften, die heute eine räumunggebietende Stellung im wirtschaftlichen Leben einnehmen und noch sehr entwicklungsfähig seien, wenn jeder Kollege ein Agitator für den Verband zu sein gelobe. Was die Gründer vollbracht hätten, sei schwierige Fundamentierungsarbeit gewesen, für uns läme es darauf an, den begonnenen Bau zu vollenden und möglichlich einzurichten, auf daß er uns Schutz und Schirm sei in den Nöten und Stürmen des wirtschaftlichen Lebens. Dieses Lönne aber nur erreicht werden, wenn jeder Kollege freudig mitarbeite und stets bestrebt sei, ein tüchtiger Gewerkschaftler zu werden. Überzeugungstreue Kollegen brauchten wir heute mehr als zuvor, darum müsse auch jeder fleißig die Versammlungen besuchen, das Verbandsorgan und gewerkschaftliche Broschüren lesen, damit er unterrichtet werde von den Aufgaben der Gewerkschaften. Richtiges Verständnis für unsere Ziele sei die Voraussetzung der Überzeugungstreue und diese wiederum lasse jeden zum Agitator werden. Mit einem lebhaften Appell zur Mitarbeit an die Kollegen von Landsberg schloß

Zur Abschluß der Sitzungen von Lüneburg folgte Kollege Rätschke seinen Vortrag, dem lebhafte Beifall folgte. In der Diskussion wurden noch verschiedene Angelegenheiten besprochen, die für jeden Kollegen von größtem Interesse waren, und bedauerte der Vorsitzende, Kollege Rätschke, daß doch einige Kollegen dieser Versammlung ferngeblieben seien. Nachdem noch einige Aufnahmen gemacht waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kollegen von Landsberg! Das vierte Quartal hat mit einer erfolgreich verlaufenen Versammlung begonnen. Sorge nun ein jeder dafür, daß dieser Anfang von Dauer ist und nehme in Zukunft regen Anteil am Verbandsleben; dann wird auch die Bahlstelle Landsberg zu Eurem Wahlhelfer und Gelehrten.

**München.** Einige Ortsgruppe nahm am 15. Oktober an einer Versammlung im Kollergarten Stellung zu dem vom Verband der bayerischen Metallindustriellen eingetätigten Arbeitssnachweisstellen. Diese wurden in München, Augsburg, Fürnberg und Fürth errichtet und sind am 1. Oktober in Kraft getreten. Die Nachweissstellen sollen von den Arbeitnehmern ausnahmslos unter Vorlage des Entlassungsscheines und der sonstigen Legitimationsspapiere benutzt werden müssen. Referent des Abends war Reichstagabgeordneter Schirmer. In treffenden Worten schilderte der Redner die sog. sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeitgeberverbände, die nur darauf ausgingen, die Arbeiter zu fesseln und ihre Organisationen auszuschalten. Die längste Errungenheit in Bayern ist

Diese Arbeitsnachweise sind eines der Mittel, das Stabilisierungsrecht der Arbeitnehmer einzuschränken, die Freiheit des Arbeitsvertrages teilweise aber ganz aufzugeben und die Arbeiterschaft zu knebeln. Diese eigenen Aussprüche der Arbeitgeberverbände beweisen dies. Dem Beispiel der bayerischen Metallindustriellen sind seit einigen Tagen auch die rheinisch-westfälischen Kohlenwerke mit einer solchen „sozialen“ Tat gefolgt. Dabei bemerkten die Zeitungen großmütig, daß mit dem Inkrafttreten des Arbeitsnachweises die schwarzen Listen wegfallen; sie fallen aber nicht nur nicht weg, sondern werden damit mit systemati-

Aber, wo bleiben jetzt die sozialdemokratischen Organisationen, um gegen diesen Gewaltstreich der bayerischen Metallindustriellen zu protestieren? (Krönchenruf: Es bleibt Stärkung!) Entweder haben sie wegen der unfruchtbaren Gewerkschaft keine Zeit, oder es ist das Bewußtsein, daß man an diesen Dingen zum Teil selbst Schuld daran ist, weil man stets den Arbeitsnachweis in seine eigenen Hände bringen wollte. Gibt keine Spur von einer Vordertung über von einem Konservativen von einem monarchistischen Aufsteiger. Zugestellt liegt man sich jetzt aufs Schädel: mit es der Zarettion bekannt.

